

# Geschäftsbericht Juli 2006 bis August 2010

- - Auszüge –

## - Inhaltsverzeichnis -

### 1. Satzung und Organisation

Geschäftsführender Landesvorstand	- 3 -
Landesvorstand	- 4 -
Landesbeirat	- 5 -
Bezirks- und Kreisgruppen	- 5 -
Seniorengruppe	- 5 -
Frauengruppe	- 6 -
JUNGE GRUPPE	- 6 -
Fachausschüsse	- 7 -
Mitarbeit in GdP-Bundesgremien und im DGB, Berufung in Ehrenämter	- 9 -
Frauenförderplan	- 10 -
Mitgliederentwicklung	- 11 -
Mitgliederbetreuung und Information	- 12 -
Rechtsschutz	- 12 -
Bildung	- 13 -
Veranstaltungen und Aktionen	- 13 -
Personalrats- und Jugend- und Auszubildendenvertretungswahlen 2009	- 16 -
Polizeisozialwerk	- 18 -

### 2. Politischer Dialog, Mitbestimmung und Betreuung

Gespräche mit der Landesregierung	- 19 -
Gespräche mit gesellschaftlich relevanten Gruppen	- 20 -
Personalien	- 20 -
Mitbestimmung	- 20 -
Einsatzbetreuung	- 21 -
Medienarbeit	- 21 -

### 3. Beamten- und Versorgungsrecht

Zukunft des Öffentlichen Dienstes und Föderalismusreform	- 22 -
Versorgungsrecht	- 22 -
Verlängerung der Lebensarbeitszeit	- 23 -
Regress-Verfahren	- 23 -
Arbeitszeitverordnung und flexible Arbeitszeit	- 24 -
Altersteilzeit	- 25 -
Einstellungszuständigkeit	- 25 -
Versetzungen	- 26 -
Gesundheitsförderung	- 26 -
Beihilfe	- 27 -
Dienstunfähigkeit	- 28 -
Bachelor und Master	- 28 -
Führen mit Zielen und OPCO	- 29 -
Beurteilungen	- 29 -

#### **4. Besoldungsrecht und Haushaltspläne**

Besoldungserhöhungen	- 29 -
Eingangsbesoldung	- 30 -
Familienbezogene Bestandteile der Besoldung und Kindergeld	- 30 -
Etat und Personalplanung	- 30 -
Zweigeteilte Laufbahn, Dienstpostenbewertung und Beförderungen	- 31 -
Jubiläumsszuwendungsverordnung	- 32 -

#### **5. Tarifbeschäftigte, Tarifverträge, Altersteilzeit, VBL und Rente**

Tarifpersonal	- 32 -
Tarifverträge	- 33 -
Altersteilzeit	- 36 -
Altersvorsorge (VBL)	- 36 -
Rente mit 67	- 36 -

#### **6. Polizeirecht, Einsätze, Technik, Ausstattung und Dienstliches**

Polizei und Ordnungsbehördengesetz (POG)	- 37 -
Schutzwesten	- 37 -
Fahrzeuge und Informationstechnik	- 37 -
Dienstkleidung	- 38 -
Unterbringung und dienstliche Einrichtungen	- 39 -
Ausstattung	- 39 -
Polizei im Alltag	- 39 -

## Geschäftsbericht Juli 2006 bis August 2010

### 1. Satzung und Organisation

Landesvorstand und geschäftsführender Landesvorstand der GdP Rheinland-Pfalz sind verantwortlich für die Führung des Landesbezirkes und bestimmen Ziele und Inhalte des gewerkschaftlichen Handelns. Dem satzungsgemäßen Auftrag sind beide Gremien engagiert im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder nachgekommen. Sie können dem Landesdelegiertentag 2010 eine erfolgreiche Bilanz präsentieren.

Die interne Zusammenarbeit in den Vorständen und mit den Personengruppen, Fachausschüssen, Bezirks- und Kreisgruppen gestaltete sich kollegial, Reibungsverluste sind kaum aufgetreten. Die Vorstände haben in ihrer Arbeit durchgängig gute Unterstützung erfahren.

Der Landeskassierer, der Landeskontrollausschuss und die Kassenprüfer legen dem Delegiertentag eigene Berichte vor. Beide Gremien haben ihre Aufsichts- und Kontrollaufgaben engagiert und konsequent wahrgenommen.

Änderungen beim Personal (außer beim Gewerkschaftssekretär) gab es nicht. Seit September 2005 sind wir dem Ausbildungsverbund des DGB beigetreten. Wir bilden, gemeinsam mit anderen DGB-Gewerkschaften und der Technologieberatungsstelle TBS, alleinerziehende Mütter in Teilzeit zu Bürokauffrauen aus. Im August 2009 begann Janet Berhausen ihre Ausbildung bei uns.

### Geschäftsführender Landesvorstand

Dem geschäftsführenden Landesvorstand gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender	Ernst Scharbach
Stellvertretende Vorsitzende	Margarethe Relet Bernd Becker Heinz Werner Gabler Helmut Knerr
Kassierer	Ralf Schreiber
Stellvertretender Kassierer	Gerd Uwe Jakob
Schriftführer	Alfons Meyer
Stellvertretender Schriftführer	Jürgen Moser

Beim Landesdelegiertentag 2006 auf dem Hahn wurde Koll. Michael Buchstäber, Kreisgruppe Neuwied, als stellvertretender Kassierer gewählt. Koll. Buchstäber legte aus privaten Gründen zum Februar 2007 sein Mandat nieder. Seine Funktion wurde seither durch Koll. Gerd-Uwe Jakob wahrgenommen; sein Mandat wurde am 26. Juni 2007 durch den Beirat der GdP – dem höchsten Gremium zwischen den Delegiertentagen – bestätigt.

Mit Ablauf des Monats November 2008 schied Koll. Thomas Will als Gewerkschaftssekretär der GdP aus. Seit Beginn September 2008 wird seine Tätigkeit durch Koll. Markus Stöhr übernommen. Koll. Stöhr ist Jurist, hat zuvor als Rechtsanwalt gearbeitet.

tet und hat den gewerkschaftlich immer wichtiger werdenden Bereich des Rechtsschutzes aktiv ausgebaut und nach vorne gebracht. Die Zusammenarbeit mit den Rechtsschutzsekretären des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gestaltet sich immer besser.

An den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes nahmen regelmäßig der Vorsitzende des Landeskontrollausschusses Gerhard Remmet, die Gewerkschaftssekretäre Thomas Will und Markus Stöhr und die Bezirksgruppenvorsitzenden teil. Im Berichtszeitraum fanden 35 Sitzungen sowie zwei Klausurtagungen und zwei Workshops statt.

## Landesvorstand

Dem Landesvorstand gehören die Mitglieder des vorgenannten geschäftsführenden Landesvorstandes und die nachstehenden Beisitzer an:

Schutzpolizei	Reiner Hamm / Manuel Wehrmann
Kriminalpolizei	Gerald Gouasé
Landeskriminalamt	Werner Comes
Wasserschutzpolizei	Gerd Michler
Polizeiverwaltungsbeamte	Ulrich Nieß
Angestellte	Anna Maria Knewitz
Arbeiter	Dieter Kronauer
Senioren	Rainer Blatt
Frauen	Stefanie Loth, geb. Krahforst
JUNGE GRUPPE	Sabrina Kunz / Markus Behringer
BG Bepo	Achim Oehling
BG Polizeischule	Paul Mohr
BG PP Mainz	Horst Vinhoven / Ingo Schütte
BG PP Rheinpfalz	Gerhard Hubach / Udo Fremgen
BG PP Westpfalz	Jürgen Moser / Werner Hilmer
BG PP Trier	Josef Schumacher / Elmar Moreth
BG PP Koblenz	Hermann-Josef Barz / Achim Eggert

Ehrenvorsitzende	Hermann Lutz Helmut Conradt
------------------	--------------------------------

Ehrenmitglieder	Heinz Blatt Siegfried Freisberg Winfried Hartenberger Heinz Hebel Bernhard Hetz Burkhard Kaiser (verstorben am 21.1.2007) Hans Jürgen Ladinek Adolf Nassau Ludwig Traub Karl Wisser (verstorben am 29.12.2002)
-----------------	---

Im Berichtszeitraum haben 7 Sitzungen des Landesvorstandes stattgefunden, in denen insbesondere Rechtsvorhaben sowie Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung der Polizei erörtert wurden. Darüber hinaus hat der Landesvorstand alle Grundlagenentscheidungen für die interne GdP-Organisation getroffen.

### **Landesbeirat**

Zu 7 Sitzungen trat im Berichtszeitraum der Landesbeirat zusammen. Er setzt sich aus dem Landesvorstand und den Kreisgruppenvorsitzenden zusammen. Der Landesbeirat hat die Kandidatenliste der GdP zur Wahl des Hauptpersonalrates Polizei aufgestellt und den Rahmen für den Personalratswahlkampf 2009 bestimmt. Er verantwortet die GdP-Haushaltspläne und -abschlüsse und wurde darüber hinaus in den wichtigen politischen Themen beteiligt.

### **Bezirks- und Kreisgruppen**

Die GdP ist über ihre Untergliederungen in allen Polizeidienststellen des Landes präsent. Insgesamt gibt es derzeit im Landesbezirk 25 Kreisgruppen (KG) und 6 Bezirksgruppen (BG). Die Kreisgruppe Polizeischule wird in einigen Organisationsfragen den BG gleichgestellt.

Alle KG führen regelmäßig Mitgliederversammlungen durch. In allen KG gab es über den gesamten Berichtszeitraum hinweg gewählte Vorstände.

In Rheinland-Pfalz besteht ein umfassendes Vertrauensleute-System.

### **Seniorengruppe**

Die engagierte Arbeit der rheinland-pfälzischen GdP-Seniorengruppe findet landesweit Anerkennung. Sie setzt sich engagiert und mit Erfolg dafür ein, dass die Interessen der älteren Mitglieder sowohl in der politischen Arbeit wie in der Betreuung zur Umsetzung kommen. Unter der Leitung von Rainer Blatt arbeiteten Jürgen Peter, Willi Jausel, Egon Lichtmeß, Annemarie Grindel, Hermann Drumm und Otto Bertram. Einen besonderen Schwerpunkt legte die Seniorengruppe auf die Gründung von Seniorengruppen bei den Bezirks- und Kreisgruppen.

Am 28.10.2009 wurde in der Seniorenkonferenz in Brodenbach der neue Vorstand gewählt: Rainer Blatt (Vorsitz), Annemarie Grindel, Werner Burkard, Jürgen Peter, Egon Lichtmeß, Gerhard Brenner und Otto Bertram.

Die Seniorengruppe unterstützte den Landesvorstand bei der Organisationsarbeit. Darüber hinaus suchte sie eine enge Zusammenarbeit mit der JUNGEN GRUPPE. Besonderen Erfolg hat die Seniorengruppe mit ihren Seminaren zur Vorbereitung auf den Ruhestand.

Ein Schwerpunktthema mit großer Bedeutung für unsere Mitglieder: Die Seniorengruppe kümmert sich um das Thema ‚Seniorenrechtliches Wohnen‘. Auch in diesem Lebensabschnitt möchte die GdP ihren Mitgliedern zur Seite stehen.

## **Frauengruppe**

Der Landesfrauenvorstand wurde von Stefanie Loth, geb. Krahforst geleitet. In den Landesvorstand wurden neben Steffi Loth die Kolleginnen Rita Schumacher, Sylvia Kropp als Stellvertreterinnen gewählt. Des Weiteren gehörten die Kolleginnen Jutta Behnke, Nicole Schön, Renate Jakobs, Anja Rakowski, Anke Zimmermann und Stephanie Bollig dem Vorstand an.

Bei der Frauenkonferenz am 5.10.2009 wurde Steffi Loth im Amt bestätigt. Dem Vorstand gehören nun Monika Schmitt, Rita Schumacher, Corinna Schorn, Silvia Silva, Sabine Schöneberger, Sylvia Kropp, Belinda Schreurs, Claudia Balzhäuser, Sabine Schmitt, Nicole Leinberger und Sabine Schäfer an.

Die Frauengruppe setzte sich besonders für Gleichstellungsfragen, die Verbesserung der Situation von Frauen im Polizeiberuf und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Das Audit „Beruf und Familie“ wurde intensiv begleitet. Hohe Reputation erarbeitete sich die Frauengruppe bei ihren Fachgesprächen im Innenministerium und beim Landesbeauftragten für den Datenschutz, z.B. bei Fragen zum Audit und zur Telearbeit.

Positive Resonanz finden die fachbezogenen Seminare der Frauengruppe. In jedem Jahr konnte mindestens ein Frauenseminar durchgeführt werden. Das Seminar im Jahr 2009 wurde durch eine Kinderbetreuung für die Teilnehmerinnen familienfreundlicher gestaltet.

## **JUNGE GRUPPE**

Bei der Landesjugendkonferenz im November 2005 im Konferenzzentrum der FH auf dem Hahn wurden Sabrina Kunz zur Vorsitzenden sowie Thomas Sinner, Christian Günter und Kollegin Melanie Hahmann zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Weiter gehörten dem Landesjugendvorstand an: Corinna Koch, Beatrice Böhnke-Cselenyi, Karina Faltin, Onka Niemand, Mary-Ann Handke und Timo Steinmetz.

Markus Behringer übernahm den Vorsitz bei der Landesjugendkonferenz im Oktober 2009 in Kirkel, die erstmalig gemeinsam mit der JUNGEN GRUPPE Saarland durchgeführt wurde.

Seitdem im Landesjugendvorstand RP: Christian Günter, Karina Weißflog, geb. Faltin, Sascha Terschüren, Tina Saxler, Myriana Höster, Anna Kabala, Markus Tschickardt, Nicole Marhöfer, Sarah Großhans, Julia Hofstätter.

Der Landesjugendvorstand bewertete verschiedene Vorhaben der Landesregierung kritisch, übernahm mit viel Engagement einen wichtigen Part der Mitgliederwerbung bei den jungen Berufsanfängern (u.a. die legendären Start up-Partys, dem „Tag der Begegnung“) bzw. bei der Betreuung der jungen Mitglieder der GdP (Online-Zeitung „Volles Rohr“, Blaulichtmilieu-Party) und beteiligt sich aktiv bei einer Reihe gewerkschaftlicher Aktionen, z.B. der Aktion „Sei cool ohne Alkohol“ und der Berufsschultour der DGB-Jugend. Die JG Rheinland-Pfalz war bei großen Einsätzen von bundesweiter Bedeutung fest in die Betreuung der Einsatzkräfte eingebunden.

Mit großem Erfolg organisierte die JUNGE GRUPPE im September 2008 das erste GdP-Sportfest in der FH. Mit Unterstützung der Kreisgruppe FH/LPS, der Bereitschaftspolizei und aus dem Einzeldienst wurden die Wettkämpfe gestaltet und die Sieger ermittelt. Staatssekretär Roger Lewentz stellte die Pokale zur Verfügung, die vom Bundesvorsitzenden Konny Freiberg und vom stellvertretenden Leiter der Schule Ernie Groh übergeben wurden.

Mitglieder der JUNGEN GRUPPE nahmen an über den DGB organisierten Hospitationen im Deutschen Bundestag und im rheinland-pfälzischen Landtag teil.

Ein Erlebnis sind die Seminare der JUNGEN GRUPPE, bei denen aktuelle gesellschaftliche Themen mit Fachleuten aufgearbeitet werden. Die Anbindung auf Bundesebene wurde durch die Wahl von Sabrina Kunz zur Vorsitzenden der JUNGEN GRUPPE Bund im April 2010 gestärkt. Diese Wahl belegt auch die Wertschätzung der vielfältigen Aktivitäten und des herausragenden Engagements der JG Rheinland-Pfalz, das bundesweit Anerkennung findet.

## **Fachausschüsse**

Die Arbeit der Fachausschüsse kann durchweg positiv bewertet werden.

Der **Fachausschuss Schutzpolizei** unter Leitung von Reiner Hamm hat mit der Stärkung des Schicht- und Wechselschichtdienstes ein zentrales Thema der gewerkschaftlichen Arbeit in den letzten vier Jahren in den Vordergrund gestellt und dazu viele wertvolle Untersuchungen und Einschätzungen erarbeitet. Insbesondere die gemeinsam mit dem Fachausschuss Kriminalpolizei auch in Seminararbeit entwickelten Organisationsüberlegungen sind eine gute Basis für die sukzessive Fortschreibung der Aufbau- und Ablauforganisation der Polizei. Einige Themen spielten in der Facharbeit eine besondere Rolle: Die Einführung der neuen Dienstkleidung sowie die Ausstattung der operativen Einheiten mit schusssicheren Westen. Wegen der außerordentlichen dienstlichen Belastung als Leiter der Projektgruppe Digitalfunk wurden die Aufgaben von Reiner Hamm teils von Manuel Wehrmann und Klaus Sommer übernommen.

Sehr nah an der praktischen Arbeit im Kriminaldienst orientiert sich die gewerkschaftliche Arbeit im **Fachausschuss Kriminalpolizei**. Die Forderung nach sog. Coronern für die Leichenschau wurde in einer interdisziplinär ausgerichteten und international besetzten Großveranstaltung 2008 eindrucksvoll erhoben. Die darüber hinaus behandelte Themenpalette reicht weiter von der Aktivierung der Fahndung bis zur Organisationsentwicklung der Kriminalpolizei - beispielsweise in den Kriminalinspektionen oder im Dauerdienst. Fachbezogene Impulse setzte der Fachausschuss bei der Befassung mit dem Thema Präsenzdienst durch mehrere Dienststellenbesuche und Veröffentlichungen.

Die Belastungssituation in verschiedenen Kommissariaten und damit verbunden die Personalentwicklung und -verteilung oder die Arbeitszeitplanung einschließlich der Vergütung von Bereitschaftsdiensten und Mehrarbeit waren Dauerthemen, die zuletzt in einer landesweiten Umfrage mündeten. Der Fachausschuss, geleitet von Gerald Gouasé, befasste sich ebenfalls mit dem Thema AMOK und initiierte eine gemein-

same Veranstaltung mit der GEW in der Uni Mainz, die sowohl bei Kolleginnen und Kollegen als auch bei der Presse hohes Interesse fand.

Bei Fachbesuchen im LKA wurden Anregungen für die Bekämpfung von Schwerstriminalität, aber auch für die Personalentwicklung und Unterbringung des LKA erörtert. In Seminaren, beispielsweise zur Organisationsentwicklung, wurden Positionen erarbeitet, die sich die GdP RP zu eigen machte. Große Anerkennung in Reihen der Kriminalbeamtinnen und -beamten findet die GdP-Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“, deren Chefredakteur der rheinland-pfälzische GdP-Kollege Herbert Klein ist.

Schwerstarbeit hatte im Berichtszeitraum der **Fachausschuss Arbeiter/innen und Angestellte** zu leisten. In den letzten Jahren traten erhebliche Veränderungen für die Tarifbeschäftigten ein: Das Sozialrecht erfuhr wesentliche Reformen, bei der Altersversorgung wird mit immer neuen Einschnitten versucht, die aktuelle Leistungskraft des Systems zu sichern und den demografischen Entwicklungen anzupassen und im Tarifrecht kämpften die Gewerkschaften mit der TdL über die Umsetzung des neuen Tarifvertrag für die Länder (TV-L). Der Fachausschuss unter Leitung von Anne Knewitz hat die verschiedenen Vorhaben fachlich begleitet, immer für aktuelle Information der Mitglieder gesorgt, sich intensiv auf anstehende Tarifverhandlungen vorbereitet und bei den Arbeitsk Kampfmaßnahmen in erster Reihe mitgewirkt. Ein besonderes Augenmerk richtete der Fachausschuss auf die Verbesserung der Eingruppierung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in verschiedenen Arbeitsbereichen der Polizei. So konnten für die Kolleginnen und Kollegen in den DV-Ermittlungsgruppen einheitliche Bezahlungsvereinbarungen getroffen werden. Für die Fachkräfte für Arbeitssicherheit konnte durch eine Musterklage eine verbesserte Eingruppierung erstritten werden. Bei den Seminaren im Tarifbereich wurden die Teilnehmer/-innen mit den Erwartungen an den neuen Tarifvertrag und Handlungsoptionen im Eingruppierungsverfahren vertraut gemacht. Der Fachausschuss hat den Landesvorstand sehr gut bei den Haushaltsberatungen unterstützt. Verdienter Lohn des Engagements auf allen Ebenen: Bei den Personalratswahlen erzielten die Kandidatinnen und Kandidaten durchweg Traumergebnisse; Margarethe Relet und Anne Knewitz wurden mit 81 % in den Hauptpersonalrat Polizei gewählt! Wegen der Änderungen im Tarifrecht wurde der Ausschuss in **Fachausschuss Tarif** umbenannt.

Im **Fachausschuss Technik** unter Leitung von Robert Dörflinger wurden die Umstellung der Dienstkleidung oder zur verbesserten „Mann/Frau-Ausstattung“ begleitet. Sehr breiten Raum nahm dabei die Beschaffung und Ausgabe der schusssicheren Westen an die in den operativen Einheiten der Polizei tätigen Kolleginnen und Kollegen ein. Weitere Beratungsthemen im Fachausschuss waren der Digitalfunk, der Bau neuer Schießanlagen und die Beschaffung neuer Pistolen. Eng wird vom Fachausschuss Technik die Einführung der neuen Dienstkleidung begleitet. Aktuell wird nach Verbesserungsmöglichkeiten für die sichere und handhabungseinfache Unterbringung von Führungs- und Einsatzmitteln in den Funkstreifenwagen gesucht.

Unter Leitung von Bernhard Schweitzer beschäftigte sich der **Fachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht** mit einer Reihe von Reformgesetzen. Die Palette reicht von der Novellierung des Landesbeamtengesetzes Rheinland-Pfalz nach der Föderalismusreform, die Laufbahnverordnung bis zum Besoldungs- und Versorgungsrecht. Der Fachausschuss beteiligte sich mit der Zuarbeit zu Stellungnahmen von GdP und DGB in den Gesetzgebungsverfahren und widmete sich - auch mit Seminararbeit - dem Meinungsaustausch mit den Mitgliedern.



Der **Fachausschuss Gesundheit**, der während des Delegiertentages 2006 neu gegründet wurde, beschäftigte sich unter Leitung von Josef Schumacher sehr intensiv und arbeitsreich mit den Themen der betrieblichen Gesundheitsförderung, knüpfte enge Kontakte zur Unfallkasse in Andernach, bearbeitete die Dienstsporthrichtlinie usf. Über die Jahre wurde das Projekt „Optimierung des Druckereinsatzes“ sehr eng begleitet. Die gesundheitlichen Belastungen durch Tonerstäube in Laserdruckern wurden auf Landes- und Bundesebene eingebracht. Bei einem Besuch bei der LGA in Nürnberg, die die Drucker für die IT-Zentralstelle prüft, wurden auch die Belastungen durch andere Druckverfahren (Gel, Wachs, Tinte) in die Betrachtung einbezogen. Die toxikologischen Wirkungen der Stoffe sind nach wie vor nicht geklärt. In Zusammenarbeit mit der ITZ einigte sich der Hauptpersonalrat auf Grundsätze: Beschaffung von zentralen Netzwerk-Druckern, Trennung von Mensch und Drucker soweit möglich und Rücksichtnahme auf besondere individuelle Erfordernisse, z.B. allergischen Reaktionen.

Kollegen aus Schottland, zu denen gewerkschaftliche Kontakte bestehen, berichten über gesundheitliche Beeinträchtigungen seit der Einführung des Digitalfunks. Diese Diskussion, die auch nach Deutschland überschwappt, stürzt die GdP in ein Dilemma: Auf der einen Seite fordern wir wegen der besseren technischen Möglichkeiten die rasche Einführung des Digitalfunks, auf der anderen Seite wachsen Befürchtungen wegen möglicher Gesundheitsschäden. Angesichts der unklaren Gefahrenlage ist diese Situation neben den Tonerstäuben eine große Herausforderung für den Fachausschuss und die GdP insgesamt.

Eines steht fest: Für die GdP muss die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen im Mittelpunkt stehen!

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden themenbezogene Projekte bearbeitet. Die AG Bachelor entwickelte Vorschläge für die Einführung des Bachelor-Studienabschlusses und die Akkreditierung des Studienganges.

Im Zusammenwirken mit dem Hauptpersonalrat ist die GdP in allen wichtigen Projekt- und Arbeitsgruppen auf Landesebene vertreten, so z.B. AG Personalentwicklung- und Fördermaßnahmen / Funktionsbeschreibungen, PG Fortbildung, PG Digitalfunk, der AG „Neue Uniform“, PG Schieß- und Einsatztrainingszentren und ganz neu bei der AG BAB.

Bei Besuchen in Würzburg, Waldshut-Tiengen und im Aargau informierte sich die GdP über das Fortbildungssystem P-Online und neue Techniken für die Einsatzleitung.

### **Mitarbeit in GdP-Bundesgremien und im DGB, Berufung in Ehrenämter**

Im GdP-Bundesvorstand war der LB Rheinland-Pfalz durch Ernst Scharbach vertreten. Seit April 2010 gehört Sabrina Kunz als neu gewählte Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE Bund ebenfalls dem Bundesvorstand an.

Im GdP-Bundesbeirat übernahmen Margarethe Relet und Helmut Knerr die Funktionen als Beisitzer für unseren Landesbezirk. Vertreter im GdP-Bundeskrollausschuss für unseren Landesbezirk und dessen stellvertretender Vorsitzender war Gerhard Remmet.

In der Großen Tarifkommission haben Margarethe Relet, Dieter Kronauer und Anne Knewitz mitgearbeitet. In den Fachausschüssen auf Bundesebene wurde unser Landesbezirk durch Klaus Sommer (Schutzpolizei), Gerald Gouasé (Kriminalpolizei), Wilfried Minning (Wasserschutzpolizei), Achim Oehling (Bereitschaftspolizei), Ralf Schreiber (Haushalts- und Finanzausschuss), Ulrich Nieß (Polizeiverwaltungsbeamte) und Heinz-Werner Gabler (Beamtenrecht) vertreten.

Bildungsbeauftragter des Landesbezirks ist Josef Schumacher; Werbebeauftragter ist Gerd Uwe Jakob. Als Landesschriftleiter und Webredakteur wurde RLP im Bund durch Jürgen Moser vertreten.

Rainer Blatt folgte seinem Bruder Heinz Blatt im Bundesseniorenvorstand. In der Frauengruppe auf Bundesebene vertritt uns Stefanie Loth.

Mitglied des DGB-Landesvorstandes RLP ist Ernst Scharbach (Vertreter Alfons Meyer). Mitglied im Vorstand des DGB-Landesbezirkes West ist ebenfalls Ernst Scharbach (Vertreter Hugo Müller LB Saarland).

Der DGB organisierte eine ganze Serie von Treffen mit Bundes- und Landtagsabgeordneten, den beiden Kirchen, dem rheinland-pfälzischen Ministerrat, Fachkonferenzen u.a., an denen die GdP stets durch Ernst Scharbach oder die Mitglieder des gLV vertreten waren. Internationaler Austausch führte nach England, Frankreich, Spanien und Italien.

Die GdP stellt bei den Verwaltungs-, Finanz- und Arbeitsgerichten eine Reihe ehrenamtlicher Richter und Beisitzer:

Dieter Kronauer:	Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz
Margarete Relet:	Arbeitsgericht Mainz
Jürgen Moser:	OVG RP Koblenz – Disziplinarsachen -
Stephanie Moser-Doll:	OVG RP Koblenz – Disziplinarsachen -
Tina Horn:	OVG RP Koblenz – Disziplinarsachen –
Natalie Vollmer	OVG RP Koblenz – Disziplinarsachen -
Thomas Fischbach:	VG Trier – Disziplinarsachen -
Natalie Braunholz-Reichel:	VG Trier – Disziplinarsachen -
Michaela Geisen:	VG Trier – Disziplinarsachen -
Alfons Meyer:	VG Mainz – LPersVG -
Markus Brandmaier:	Finanzgericht Rheinland-Pfalz
Heinrich Fippinger:	Finanzgericht Rheinland-Pfalz
Nikolaus Manfred Jakobs:	Finanzgericht Rheinland-Pfalz
Martin Leisinger:	Finanzgericht Rheinland-Pfalz

## Frauenförderplan

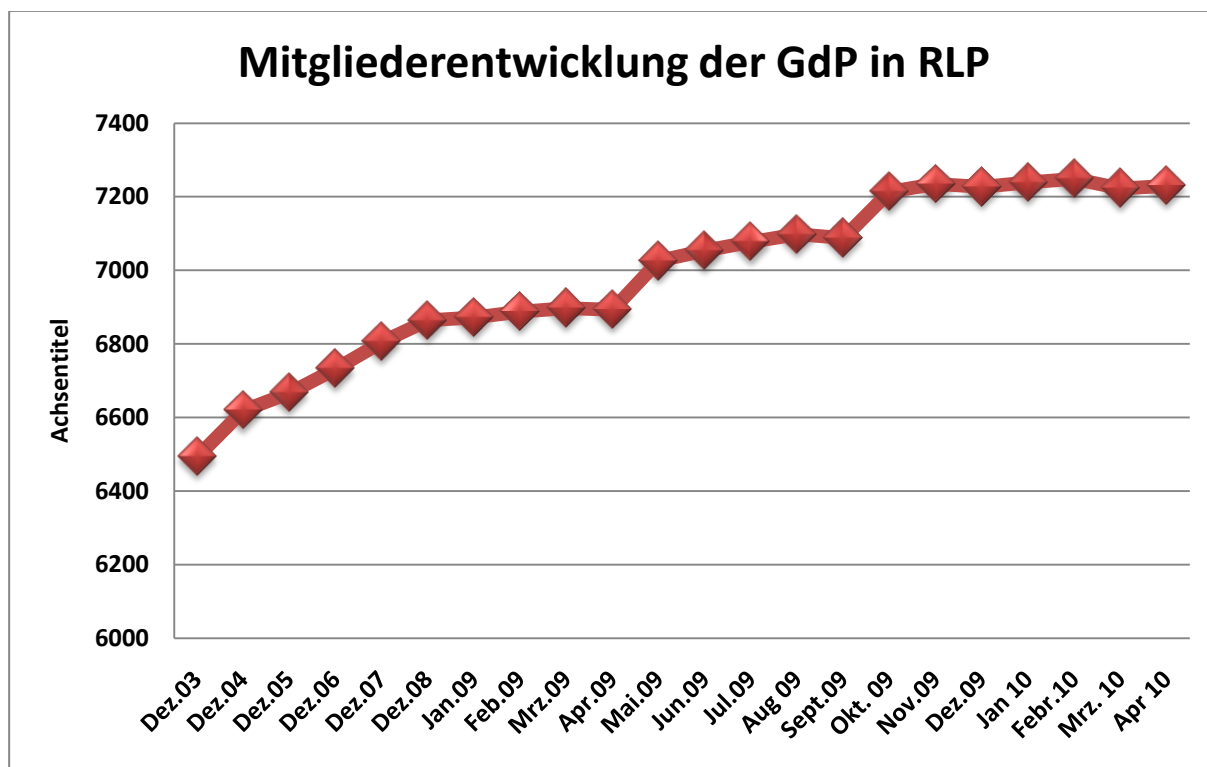
Die Frauenarbeit in der GdP gewinnt mit der Veränderung der Personalstruktur der Polizei immer mehr an Bedeutung. Die Zahl der Polizistinnen ist in den letzten 4 Jahren auf 1.400 gestiegen; 1.145 bei der Schutz- und 255 bei der Kriminalpolizei. Hinzu kommen rund tausend Kolleginnen aus dem Tarifbereich. In der GdP sind zurzeit 1.633 Kolleginnen organisiert.

In vielen Gremien auf Landes-, Bezirks- und Kreisgruppenebene sind Frauen verantwortlich in die Arbeit eingebunden. Der Landesvorstand fördert die Frauenarbeit organisatorisch und sorgt mit jährlich stattfindenden Seminaren für die gewerkschaftliche Qualifizierung der Kolleginnen. Viele Gremien würden sich eine höhere Beteiligung von Frauen wünschen; vorbildlich ist auch hier die JUNGE GRUPPE: Von 11 Mitgliedern des Vorstandes sind sieben Frauen!

Bei den Personalratswahlen spiegelte sich der gestiegene Frauenanteil nur begrenzt in den GdP-Vorschlagslisten wieder. Platz 2 der Vorschlagsliste der GdP für die Beamtinnen und Beamtinnen und Beamten im HPRP ging an Steffi Loth. Darüber hinaus wurden Frauen bei den weiteren Listenplatzierungen in der Beamtengruppe sowie in der Gruppe der Tarifbeschäftigten für den HPRP berücksichtigt.

### Mitgliederentwicklung

In der Mitgliederentwicklung konnte der Landesvorstand gegen den Bundestrend und gegen den Trend in anderen Gewerkschaften die Zahl der Mitglieder deutlich erhöhen. Durch die intensive Mitgliederwerbung an der FH der Polizei und enorme Anstrengungen im Einzeldienst kommen vermehrt junge, inzwischen aber auch wieder viele lebensältere Kolleginnen und Kollegen zur GdP. Die Aktivitäten der GdP-Vorstände und –Vertrauensleute bei den Kreisgruppen trugen entscheidend zu der positiven Entwicklung bei. Waren Juni 2006 noch 6.744 Mitglieder in der GdP Rheinland-Pfalz organisiert, stieg der Mitgliederstand deutlich auf 7.250 Kolleginnen und Kollegen an.



## **Mitgliederbetreuung und Information**

Eine gute Mitgliederbetreuung hat für den Landesvorstand Vorrang. Täglich kommen zu vielerlei Themen Anfragen an die GdP, die wir schnell und ausführlich zu beantworten suchen. Ganz wichtig ist dabei die Unterstützung in persönlichen Angelegenheiten, angefangen von der Beratung in beruflichen Dingen bis hin zur Begleitung zu Gesprächsterminen. Über 500 Vertrauensleute stehen bei den KG und BG als Ansprechpartner der GdP vor Ort zur Verfügung. Hinzu kommt die Präsenz der GdP-Personalräte. Vertreter des GdP-Landesvorstandes standen bei allen KG für Besuche in den Dienststellen zu Verfügung, wovon vielfach Gebrauch gemacht wurde.

Mit DEUTSCHE POLIZEI verfügt die GdP über ein anerkanntes und gern gelesenes Medium, das monatlich alle Mitglieder über aktuelle Geschehnisse informiert. Den 8-seitigen Landesteil fertigt ein Redaktionsteam unter Leitung von Landesschriftleiter Jürgen Moser.

Während früher tagesaktuelle Informationen per Fax oder Flugblatt versandt werden mussten, steht heute mit dem Internet ein Medium zur Verfügung, das die Umsetzung von Information in Minutenschnelle ermöglicht. Die GdP kann dabei Informationen direkt an die Polizei-Mailadressen ihrer Mitglieder senden, andere Polizeibeschäftigte werden von den Vertrauensleuten per Aushang informiert. Dazu kommt die regelmäßige Online-Zeitung „Kurz berichtet“. Unsere „Ruheständler“ nutzen inzwischen in zunehmender Zahl das Internet und lassen sich über den GdP-Newsletter auf dem Laufenden halten. Über die ungeheuren Vorteile des digitalen Versands von Informationen dürfen wir allerdings nicht vergessen: Nach wie vor ist das Gespräch mit unseren Kolleginnen und Kollegen das wichtigste Instrument zur Mitgliederpflege und Information!

## **Rechtsschutz**

Der gewerkschaftliche Rechtsschutz hat sich im Berichtszeitraum (2006-2009) positiv entwickelt: Die Anzahl der Rechtsschutzfälle hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen klagten mit dem GdP Rechtsschutz auf Besoldungsnachzahlung aus den Jahren 2001-2003 wegen amtsangemessener Alimentation für kinderreiche Beamte. Ein mit GdP Rechtsschutz betriebenes Musterverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig scheiterte und zwang zur Rücknahme der eingereichten Klagen (s. Flugblatt Nr. 23 vom 26.11.2008). Die Verfahren in Rheinland-Pfalz wurden durch die Arbeitseinheit Saarbrücken der DGB Rechtsschutz GmbH betreut. Für die gute Zusammenarbeit und Betreuung sei der Teamleiterin Susanne Theobald und ihren Mitarbeitern hiermit ausdrücklich gedankt.

Die aufgewandten Rechtsschutzkosten sind in den Jahren 2006, 2007 und 2008 erheblich gestiegen und lagen deutlich oberhalb des Mittels der vorausgegangenen Jahre. Ein erhöhtes Grundniveau der Rechtsschutzkosten ist in der Einführung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) begründet. Das RVG hat 2004 die vormals gültige Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte (BRAGO) abgelöst. Neben einer Anhebung der Gebührensätze hat das RVG zu strukturell anderen Gebühren geführt, wodurch sich z.B. Disziplinarverfahren erheblich verteuert haben.

Entlastend auf die Rechtsschutzkosten hat sich die Gewährung des Dienstrechtsschutzes in 30-40 Fällen pro Jahr und die auf Einzelfälle beschränkte Inanspruchnahme der DGB Rechtsschutz GmbH ausgewirkt (die Betreuung des Massenklageverfahrens im Jahr 2008 durch die DGB Rechtsschutz GmbH hat erhebliche Kosten eingespart).

## Bildung

Insgesamt 889 Teilnehmer hat die GdP in den letzten vier Jahren bei ihren Bildungsmaßnahmen registriert. Das Angebot der GdP umfasste 46 Bildungsmaßnahmen, darunter 16 Seminare für Personalräte. Schwerpunkte lagen in der Fortbildung der Vertrauensleute und Kreisgruppenvorstände sowie in der politischen Bildung von Zielgruppen. Für die Bildungsarbeit zeichnet Josef Schumacher verantwortlich, der sich auch um die Vertrauensleutearbeit kümmert.

Seminare		2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Teilnehmer	GdP-	168	129	159	98	111	146	208	225
Seminare									
Teilnehmer	PR-	48	91	78	118	137	86	68	83
Seminare									
Gesamtteilnehmer		216	220	237	216	248	232	276	308
Bildungsseminare		9	7	9	5	6	8	11	10
Personalratsseminare		4	4	3	5	6	5	5	4
Bildungsmaßnahmen gesamt		13	11	12	10	12	13	16	14

## Veranstaltungen und Aktionen

Die rheinland-pfälzische GdP führte in den letzten vier Jahren eine Reihe von Aktionen und Veranstaltungen durch oder Vertreter unseres LB waren an den Aktionen beteiligt. Besonders zu nennen sind:

- September 2006 – Minister Bruch verkündet die Absicht, die **Übernahmegarantie** nach Ausbildung an der FH aufzuheben. Nach gemeinsamen Protesten und insbesondere nach Gesprächen der JUNGEN GRUPPE mit Ministerpräsident Kurt Beck und Minister Karl Peter Bruch verbleibt es bei der Übernahmegarantie. Die beabsichtigte **Absenkung der Eingangsbesoldung** von der A 9 zur A 8 konnte ebenfalls verhindert werden.
- September 2006 – nach der Gründung des Fachausschuss‘ Gesundheit und Arbeitsschutz (FAGA) beim Delegiertentag startet die GdP die Reihe „**GdP-vital**“ mit eigenem Logo und lädt zu Sport, Wellness und Anti-Rauch-Kursen ein.
- Oktober 2006 – Die GdP wehrt sich mit einer Reihe von Veranstaltungen und Gesprächen gegen den Versuch des Ministeriums **Versetzungen** nach Trier und Kaiserslautern zu schließen. Die GdP hatte schon 1989 vorgeschlagen, Anwärter durch oder für die Präsidien einzustellen, um die Westwanderung und die Überal-

terung zu stoppen. Dieser Vorschlag wurde leider erst 2001 vom Ministerium aufgegriffen. Zwischenzeitlich zeigt die geänderte Einstellungspraxis Wirkung: Die Zahl der Versetzungswilligen nimmt ab, das Alter der zu Versetzenden sinkt in Richtung 30 und die selbsteingestellten Kolleginnen und Kollegen verändern den Altersaufbau positiv. (Hätte man auf uns gehört, hätten Trier und Westpfalz jetzt weniger Probleme: Hätte, wäre, wenn ...)

- November 2006 – Beim GdP-Kripo-Forum des Fachausschuss' Kriminalpolizei widmet sich die GdP bei der BePo in Mainz mit vielen Fachleuten und unter Beteiligung von Staatssekretär Roger Lewentz dem Stand der **kriminaltechnischen Wissenschaften** und der optimalen Ausnutzung von Ressourcen.
- März 2007 – Mehr als 2.500 Gewerkschaftsmitglieder demonstrieren in Mainz gegen die **Münste-Rente mit 67**. Leider hält die schwarz-rote Regierung an ihrem Plan fest. Beide Parteien erleiden bei der Bundestagswahl 2009 herbe Rückschläge. Die Rente mit 67 dürfte eine der Ursachen hierfür gewesen sein.
- Juli 2007 – Die GdP kämpft für die **Übernahme des Tarifabschlusses** von 2,9 % für die Beamten. Zum Jahreswechsel überreichten Tilman Boehlkau (GEW) und Ernst Scharbach dem Präsidenten des Landtages Joachim Mertes (SPD) „Diät“-Schokolade. In Ludwigshafen demonstrieren mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen für eine höhere Besoldung. Die GdP startete eine Plakatkampagne: „Wir wollen unser Stück vom Kuchen“ mit einer €-Torte aus dem Westerwald. Die Torte selbst wird pressewirksam im September 2007 dem Haushalts- und Finanzausschuss unter Vorsitz von Astrid Schmitt (SPD) übergeben. Viele Kreis- und Bezirksgruppen suchen das Gespräch mit ihren Landtagsabgeordneten. Vor dem Finanzministerium demonstrierten Verdi und GdP. Im November 2007 organisieren DGB, Verdi, GEW und GdP eine große Demo in Mainz mit Abschlusskundgebung vor dem Landtag. Ohne Erfolg: Am Ende bleibt es bei mehr als bescheidenen Erhöhungen von 0,5 % in der Mitte der Jahre 2007 und 2008.
- November 2007 – Das GdP-Kripo-Forum beschäftigt sich mit internationaler Beteiligung mit dem Thema „**Leichenschau**“. Trotz vieler guter Vorschläge hat sich bis heute nichts Entscheidendes verbessert. In einem Gespräch der GdP mit Justizminister Bamberger vom 21. Juni 2010 konnte dieser berichten, dass zu diesem Thema eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt wurde und die Forderungen der GdP durch das rheinland-pfälzische Justizministerium unterstützt werden.
- Februar 2008 – Beim GdP-Forum in Trier diskutieren Fachleute, Politiker und Gewerkschafter über Gefahren am Arbeitsplatz, die von **Nano-Partikeln** und Stäuben, insbesondere in Laserdruckern, ausgehen.
- März 2008 – Die GdP-Frauengruppe erreicht einen wichtigen Meilenstein: Das Ministerium stellt einen Masterplan für das **Audit Beruf und Familie** vor. Damit hat ein Antrag der Landesfrauenkonferenz aus dem Jahr 2005 eine wichtige Hürde genommen.
- April 2008 – Die Beratungen zum **Doppelhaushalt 2009 / 2010** stehen an. Die GdP entwickelt und berechnet ihre Forderungen zum Sachhaushalt, für den Tarifbereich, für Beförderungen und natürlich, wie bei allen Haushaltsberatungen,

die Forderungen für die Personalstärke. Die Berechnungen der GdP zeigen Wirkung: Die Einstellungszahlen werden auf 350 aufgestockt. Der absehbare Personalabbau wird damit gemildert, wenn auch nicht gänzlich verhindert.

- Mai 2008 – Schlagzeile in der ‚Deutschen Polizei‘: „Landesregierung verunsichert Polizei“. Das Ministerium schlägt vor, die **Überwachung des fließenden Verkehrs** auf die Kommunen zu übertragen. Langfristig stehen dahinter Pläne zur Wieder-Einführung einer **kommunalen Polizei**. Die GdP lehnt die Pläne ab. In Gesprächen mit allen Fraktionen, dem Städte- und Gemeindebund, dem Städte- und Landkreistag verdeutlicht die GdP ihre Position: Qualifizierte Verkehrssicherheitsarbeit aus einem Guss und Kriminalitätsbekämpfung.
- Juni 2008 – Die GdP startet eine Kampagne für die Erhöhung der **Erschwerniszulagen**: Die Zulagen MEK/SEK sollen auf 300 €, für VE auf 260 €, Tatbeobachter BFE 150 €, DUZ auf 5 € - analog der Regelungen im Bund und in anderen Ländern – festgesetzt werden. Lediglich die Zulage MEK/SEK soll nach dem Entwurf des neuen LBG auf nur 225 € angehoben werden.
- September 2008 – Die Proteste gegen das ‚Besoldungsdiktat‘ aus 2007 zeigen späte Wirkung: Die Landesregierung beschließt, das **Tarifergebnis** für den TV-L inhalts- und zeitgleich auf die Beamten zu **übertragen**.
- Oktober 2008 – Das Ministerium startet in enger Zusammenarbeit mit der Unfallkasse RLP in Andernach die größte **Gesundheits-Umfrage** in der Polizei Rheinland-Pfalz. Die GdP ist über die Personalräte eng in die Entwicklung des Fragebogens eingebunden. Es gelingt, spezifische Fragen, die der Polizei besonders wichtig sind, in einen Extra-Teil des Fragebogens unterzubringen.
- Dezember 2008 – Innenminister a.D. **Walter Zuber** wird in den Ruhestand verabschiedet. Er ist Träger der GdP-Kullmann-Medaille, die ihm von der GdP aus Anlass der Einführung der zweigeteilten Laufbahn – als erstes Land der Republik – verliehen wurde.
- Januar 2009 – Das Ministerium beginnt mit der Datenerhebung zur **Evaluation der Verlängerung der Lebensarbeitszeit**.
- Februar 2009 – Die rheinland-pfälzische GdP beteiligt sich mit mehreren Delegationen an Protestaktionen in anderen Ländern zur Unterstützung der **Tarifforderungen**. Die Verhandlungen finden einen relativ schnellen Abschluss: Neben Einmalzahlungen werden die Tarife zum 1.3.09 um 40 € plus 3 % erhöht, zum 1.3.10 erneut um 1,2 %. Die Landesregierung hält Wort. Das Tarifergebnis wird auf die **Beamten übertragen**.
- März 2009 – Die GdP lädt ein zur **Schichtdienstkonferenz** auf dem Hahn. Morgens wurde in Workshops konferiert, nachmittags mit Minister Karl Peter Bruch diskutiert. Die Ergebnisse stoßen im Land auf großes Interesse; allerdings hätte der Zuspruch von Seiten der Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst besser sein dürfen. Gerade wenn man bedenkt, dass der Gewerkschaft immer wieder vorgetragen wurde, sich mehr für den Schichtdienst engagieren zu sollen.

- Auch bei den Wahlen zur **Jugend- und Auszubildendenvertretung** (JAV) sind die GdP-Kandidat/innen sehr erfolgreich. Bis auf einen gehen alle Sitze an die GdP.
- Mai 2009 – Eine von der GdP mit großem Engagement unterstützte Reform wird umgesetzt. Karl Peter Bruch krönt den **Beginn des Bachelor-Studiums** mit seiner Begrüßung von 180 Anwärterinnen und Anwärtern auf dem Hahn. Drei Jahre intensive und vor allem sorgfältige Planung finden ihren vorläufigen Abschluss.
- September 2009 – Minister Karl Peter Bruch unterstützt das Anliegen der GdP in Bund und im Land, die „**Gewalt gegen Polizeibeamte**“ durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Damit wird ein Antrag des letzten GdP-Bundesdelegiertentages endlich in die Tat umgesetzt. Augenscheinlich aus Futterneid lehnen die Konkurrenzgewerkschaften die Untersuchung ab. Mehrere Länderminister und der Bundesinnenminister lassen sich von der künstlich erzeugte Hysterie anstecken und springen entgegen der gemeinsamen Vereinbarung der Innenminister ab.
- Oktober 2009 – Die ASA wird abgeschlossen! Bereits 1993 hatte die GdP einen eigenständigen Lehrgang für die Kolleginnen und Kollegen gefordert, der den Zugang zum gehobenen Dienst ermöglichen sollte. Endlich im Jahr 2002 wird der erste Lehrgang zur **Aufstiegsausbildung** angeboten. In den sieben Jahren haben 1.000 Kolleginnen und Kollegen über die ASA den Laufbahnaufstieg geschafft.
- Januar 2010 – Die GdP macht Druck bei der **Evaluation des § 208 LBG**. Die Studie von Professor Nachreiner liegt inzwischen vor. In ungezählten Gesprächen lotet die GdP Verhandlungs- und Lösungsmöglichkeiten aus.

### Personalrats- und Jugend- und Auszubildendenvertretungswahlen 2009

Bei den Personalratswahlen honorieren die Beschäftigten in der Polizei die vielfältigen Engagements und die zuverlässigen Hilfestellungen der GdP-Personalräte. Im HPRP erhielt die Beamtengruppe der GdP 67,2 %, die GdP-Tarif-Kandidatinnen erreichten traumhafte 80,8 %! Bis auf einzelne Ausnahmen erzielen die GdP-Kandidatinnen und –Kandidaten bei allen Personalräten stabile Mehrheiten. Der Kreisgruppe LKA gelang es, wieder die Mehrheit im Personalrat zu erringen. In allen Gesamtpersonalräten konnte die GdP ihre Mehrheit festigen.

Ergebnis der Wahl des Hauptpersonalrates 2009 (in Klammern 2005):

<b>Beamte</b>		
Wahlberechtigte	10.444 (9.907)	
Abgegebene Stimmen	6.982	66,8 % (66,5 %)
Gültige Stimmen	6.760	
GdP	4.542	67,2 % (67,5 %)
DPolG/BDK	2.218	32,8 %
Sitze GdP	12 (11)	
Sitze DPolG/BDK	5 (5)	
GdP-Stimmengewinn zu 2005	265	



<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>		
Wahlberechtigte	1.733 (1.305)	
Abgegebene Stimmen	1.408	81,2 % (83,2 %)
Gültige Stimmen	1.348	
GdP	1.089	80,8% (81,2 %)
DPOIG/BDK	259	19,2%
Sitze GdP	2 (2)	
Sitze DPOIG/BDK	0	
GdP-Stimmengewinn zu 2005	249	
<b>Gesamtergebnis</b>		
Sitze GdP	14 (14)	
Sitze DPOIG/BDK	5 (5)	

## Sitzverteilung HPRP, GPR und PR 2009

<b>Ergebnisse 2009</b>				
<b>Personalrat</b>	<b>Sitze Gesamt</b>	<b>Sitze GdP</b>	<b>Sitze DPOIG/BDK</b>	<b>Sitze Sonstige</b>
Hauptpersonalrat Polizei	19	14	5	
GPR PP Koblenz	9	6	3	
PR PP Koblenz	11	8	3	
PR PD Koblenz	11	8	3	
PR PD Neuwied	9	6	3	
PR PD Montabaur	9	7	2	
PR PD Mayen	9	3	4	2
GPR PP Trier	9	6	3	
PR PP Trier	9	6	3	
PR PD Trier	11	5	3	3
PR PD Wittlich	9	5	2	2
GPR PP Westpfalz	9	7	2	
PR PP Westpfalz	9	6	3	
PR PD Kaiserslautern	11	9	2	
PR PD Pirmasens	9	7	1	1
GPR PP Rheinpfalz	9	6	3	
PR PP Rheinpfalz	11	8	3	
PR PD Ludwigshafen	11	8	3	
PR PD Neustadt	9	5	4	
PR PD Landau	9	4	5	
GPR PP Mainz	9	7	2	
PR PP Mainz	11	8	3	
PR PD Mainz	9	7	2	
PR PD Worms	9	6		3
PR PD Bad Kreuznach	9	6	3	

PR bei der Dir. der Bereitschaftspolizei	15	12	3	
Allgemeiner PR Bereitschaftspolizei	7	5	2	
PR Polizeiorchester	3	3	0	0
PR LKA	9	6	1	2
PR LPS/FHöV	15	10	5	
PR Wasserschutzpolizei	9	7	2	
PR ZPT	7	7	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>314</b>	<b>218</b>	<b>83</b>	<b>13</b>
JAV	7	6	1	

Im Hauptpersonalrat wurde erneut Ernst Scharbach zum Vorsitzenden gewählt. Dem Vorstand gehören Margarethe Relet, Heinz-Werner Gabler, Jürgen Moser und Bernd Becker an.

### Polizeisozialwerk

Das Polizeisozialwerk musste sich als Wirtschaftsunternehmen der GdP den veränderten Marktanforderungen stellen und hatte dabei einige Schwierigkeiten zu überwinden. Dennoch ist es auf hervorragende Weise gelungen, das PSW auf seine Kerngeschäfte zu konzentrieren, die Ertragssituation deutlich zu verbessern und die laufenden Kosten auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Nach verschiedenen Kooperationsmodellen wurde das Reisebüro an die Kollegen aus Baden-Württemberg übergeben. Die Kooperation zwischen BW, RLP und dem Saarland funktioniert nach wie vor gut. Gegenseitige Vertretungen und Telefonweiterleitungen haben den Kostenansatz verbessert.

Das Geschäftsfeld „Hausverwaltung Nikolaus-Kopernikus-Str. 15“ wurde optimiert. Nach einer Anpassung der Mieten schreibt dieses Geschäftsfeld eine ‚schwarze Null‘.

Das Geschäftsfeld „Autovermittlungen“ hat sich sehr gut entwickelt. Durch vermehrte Werbung, Straffung und Digitalisierung der Arbeitsabläufe und nicht zuletzt durch die von der rot-schwarzen Bundesregierung beschlossene Abwrackprämie konnten mehr Verträge vermittelt werden. Auch für 2010 ist die Situation nach dem erwarteten Geschäftseinbruch stabil.

Das Geschäftsfeld „Versicherungen“ wurde weiter ausgebaut, wodurch sich die Provisionseinnahmen deutlich verbesserten. Die Zusammenarbeit mit Signal Iduna / PVAG wurde noch mehr intensiviert, eine Zusammenarbeit mit den Landesbezirken Saarland und Hessen vereinbart.

Das Geschäftsfeld „Verlagstätigkeiten“ hat sich nach nur mittelmäßigen Geschäftsergebnissen in den letzten Jahren in diesem Jahr deutlich verbessert. Die Zusammenarbeit mit VDP in Hilden und Worms kann als sehr gut bezeichnet werden.

Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes übernehmen als Gesellschafter Verantwortung für das Unternehmen. Als Aufsichtsrat nahmen Mitglieder des Landeskontrollausschusses eine wichtige unabhängige Kontrollfunktion wahr. Das Polizeisozialwerk wurde in den letzten neun Jahren von Jürgen Moser als Geschäftsführer geleitet. Gemäß Beschluss der Gesellschafter wird der Aufsichtsrat aufgelöst – die Kontroll-Aufgabe wird auf den Landeskontrollausschuss übertragen. Die Neuregelungen erfolgen im Einvernehmen mit allen Beteiligten.

## **2. Politischer Dialog, Mitbestimmung und Betreuung**

Dem Landesvorstand war es auch in den vergangenen vier Jahren ein besonderes Anliegen, die Interessen der Polizeibeschäftigten und damit verbunden die Ziele der GdP im persönlichen Kontakt an die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages zu vermitteln. Vor allem bei den in regelmäßigen Abständen stattfindenden Gesprächen mit Ministerpräsident Kurt Beck sowie Innenminister Karl Peter Bruch wurden GdP-Positionen aufgezeigt und es wurde um Verbesserungen für die Polizei gerungen. Dabei gab es eine Reihe von Erfolgen zu vermelden, andere Dinge wie beispielsweise die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Polizistinnen und Polizisten blieben streitig.

Zum Standard der GdP-Organisationsarbeit gehören die Fachbesuche bei den Polizeipräsidien und -einrichtungen. Sie dienen dazu, Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung der Polizei zu bewerten und Anregungen aufzunehmen. Bei der Entwicklung von Forderungen und für die eigene Positionierung sind die Gespräche mit „Führung und Mannschaft“ und die Detailbetrachtung einzelner Arbeitsbereiche ungemein hilfreich.

Das neue Büro-Gebäude des PSW und der GdP in Mainz-Hechtsheim bietet für den Dialog mit Mitgliedern, Führungskräften der Polizei und politischen Repräsentanten ein gerne genutztes Angebot, das in den letzten Jahren für diese Zwecke bei zahlreichen Anlässen in Anspruch genommen wurde.

### **Gespräche mit der Landesregierung**

Vertreter des GdP-Landesvorstandes erläuterten bei mehreren Gesprächen mit Ministerpräsident Kurt Beck, Innenminister Karl Peter Bruch, Justizminister Heinz-Georg Bamberger, Sozialministerin Malu Dreyer, den Finanzministern Ingolf Deubel und Carsten Kühl und anderen Repräsentanten der rheinland-pfälzischen Landesregierung, welche Ziele die GdP verfolgt und welche Auffassung sie in verschiedenen Sachfragen für die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit und der Polizei hat. Schwerpunktthemen waren bei den Gesprächen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Polizistinnen und Polizisten, die Auswirkungen der Föderalismusreform, die permanente Personalnot in den operativen Arbeitsbereichen der Polizei einschließlich Personalplanung, die weitere Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn, Programme zur verbesserten Eingruppierung von Tarifbeschäftigten, die Tarifverhandlungen, Regelungen zur Umsetzung der Altersteilzeit, das Versetzungsverfahren, Überlegungen zu veränderten Organisations- und Aufgabenzuschnitten bei der Kriminalitätsbekämpfung, Terrorismusbekämpfung, Fragen der Zusammenarbeit von

Polizei und Justiz, Beförderungsvorgaben, Einsatzplanungen und -erfahrungen, die neue Dienstkleidung, die Schutzwesten, andere Anforderungen an die persönliche Ausstattung und viele Fragen mehr aus dem polizeilichen Alltag.

Kontinuierlich führen GdP-Vertreter Gespräche mit den Vorsitzenden und Innenpolitikern der Landtagsfraktionen. Besonders ging es dabei um Haushaltsfragen und Rechtsentwicklungen.

### **Gespräche mit gesellschaftlich relevanten Gruppen**

Auf Initiative des Vorsitzenden des DGB RLP Dietmar Muscheid ist der Dialog mit der evangelischen und der katholischen Kirche inzwischen fester Bestandteil des Meinungsaustausches.

Die GdP wird von SPD, CDU und Grünen regelmäßig zu Parteitag oder weiteren Veranstaltungen eingeladen und ist dort mit meist mehreren Kolleginnen und Kollegen vertreten.

Die GdP hält Kontakt zu Attac und der Initiative „Rheinhessen gegen rechts“.

### **Personalien**

Karl Peter Bruch folgte am 24.2.2004 Walter Zuber als Innenminister. Er ist seit mehr als 40 Jahren GdP-Mitglied und ehemals Kriminalbeamter, war zuvor Staatssekretär im ISM und davor parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Zum neuen Staatssekretär im Innenministerium berief Ministerpräsident Kurt Beck nach der Landtagswahl 2006 den Landtagsabgeordneten Roger Lewentz.

Michael Hüttner, Kriminalpolizist beim PP Mainz und langjähriges GdP-Mitglied, setzte sich bei der Landtagswahl im März 2006 in seinem Wahlkreis Bingen in Direktwahl gegen seine Mitbewerber durch und zog in den Landtag ein.

Für die FDP-Fraktion wurde Thomas Auler (Kriminalpolizei Simmern) in den Landtag gewählt.

GdP-Kollege Adolf Kessel (Kreisgruppe LKA) rückte bei der CDU-Fraktion in den Landtag nach.

Wolfgang Schwarz (Landau) rückte bei der SPD-Fraktion in den Landtag nach.

Seit Herbst 2004 ist Joachim Laux Leiter der Abteilung Polizei im Innenministerium.

### **Mitbestimmung**

Auf allen Ebenen der Polizeiorganisation und im Innenministerium bringt sich die GdP über die Personalräte, Gesamtpersonalräte und den Hauptpersonalrat Polizei in den Beteiligungsverfahren ein, um die Interessen der Polizeibesetzten bei den

Regelungen des beruflichen Alltages zur Geltung zu bringen. Die Personalratsarbeit ist für die GdP Kerngeschäft der Vertretungsarbeit. Fast durchgängig gestaltet sich die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Innenminister und den Leitern der Polizeibehörden und -einrichtungen problemlos. In den weitaus meisten Beteiligungsfällen wurde Konsens erzielt. Allerdings blieben einige wenige Konflikte über das personalrätliche Beteiligungsverfahren hinaus streitig und mussten im Einigungsverfahren bewältigt werden.

Die Landesregierung hielt ihr Versprechen aus dem Wahlkampf: Das Landespersonalvertretungsgesetz wurde unter beispielgebender Beteiligung der Gewerkschaften novelliert. Zur Vorbereitung einer DGB-Stellungnahme waren für die GdP – Margarethe Relet, Ralf Schreiber und Helmut Knerr in eine DGB-Arbeitsgruppe integriert. Der GdP-Landesvorstand formulierte eine Stellungnahme gegenüber dem DGB. Zwar konnte sich die GdP nicht mit allen Forderungen durchsetzen, unter dem Strich wurden dennoch Verbesserungen erreicht. Dies ist besonders beachtlich, da bereits bislang das rheinland-pfälzische LPersVG als eines der fortschrittlichsten in der BRD angesehen werden kann. In anderen Ländern wurden die Rechte der Personalvertretungen teils drastisch beschnitten.

### **Einsatzbetreuung**

Die GdP-geführten Personalräte führen sehr intensiv Einsatzbetreuungen und –begleitungen durch. Die Einsatzmaßnahmen: G 8 – Gipfel, Büschel, Nürburgring, Nato-Gipfel oder aber der Rockerprozess in Kaiserslautern sind nur einige Beispiele.

Die Betreuung lief regelmäßig auch bei kleineren Einsätzen, so u.a. bei den Versammlungen von Rechtsextremen, den Veranstaltungen um den 1. Mai oder aber bei den Unterstützungsmaßnahmen der Bereitschaftspolizei in anderen Bundesländern.

### **Medienarbeit**

Die GdP in Rheinland-Pfalz ist bei den Medien ein gefragter Gesprächspartner. Unser Landesvorsitzender Ernst Scharbach und andere Kollegen des Vorstandes gaben zu vielen wichtigen Sicherheitsfragen Fernseh- und Rundfunkinterviews. Die rheinland-pfälzischen Zeitungen rufen regelmäßig Statements der GdP ab bzw. werden mit Presseerklärungen über die Forderungen und Stellungnahmen der GdP informiert.

### **3. Beamten- und Versorgungsrecht**

#### **Zukunft des Öffentlichen Dienstes und Föderalismusreform**

In der beamtenpolitischen Diskussion der letzten Jahre stand das Thema Dienstrechtsreform im Vordergrund und bildete einen Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit.

Trotz erheblicher Gegenwehr aller öffentlichen Dienstgewerkschaften wurde im Jahr 2006 durch eine Änderung des Grundgesetzes die Verantwortung für Besoldung, Versorgung und Laufbahn auf die Länder übertragen.

Die von den Gewerkschaften befürchteten Auswirkungen setzten auch prompt ein.

Kurt Beck erhöhte die Besoldung in den Jahren 2007 und 2008 lediglich um 0,5 %, während andere Länder und der Bund das ausgehandelte Tarifiergebnis übernahmen. In Bayern ist die Polizeizulage umgewandelt worden in eine Zulage für besondere Berufsgruppen und damit wieder ruhegehaltstfähig und dynamisch - in RLP nicht. Andere Länder haben das Weihnachtsgeld komplett gestrichen. Die befürchteten Zersplitterungen ergaben sich schneller als erwartet. Die Kleinstaaterei ist zurück.

Durch das Beamtenstatusgesetz hat der Bund die Grundlagen im Beamtenrecht beschrieben, alle anderen Regelungen werden von den Ländern nun eigenständig getroffen. In RLP wird derzeit das neue Landesbeamtengesetz in die parlamentarische Diskussion eingebracht. Danach wird es künftig keine Laufbahngruppen mehr geben. Es gibt nur noch Einstiegsämter, die der Ausbildung entsprechen. Das Streikverbot ist weiterhin normiert. Das Land ist nicht bereit, den Beamten das volle Koalitionsrecht zuzugestehen. Ein Armutszeugnis für die SPD geführte Landesregierung. Wir bestehen weiter auf unsere Forderung: „Verhandeln statt verordnen!“

Auf Vorschlag der GdP hat die Landesregierung die Regelungen zum Schadensersatz verbessert. Zukünftig braucht keine ‚Gesundheits‘-Gefahr begründet werden, damit im Dienst beschädigte private Gegenstände erstattet werden können.

Die Einführung der sogenannten Leistungsbezahlung konnte verhindert werden.

#### **Versorgungsrecht**

Bund und Länder verfolgen das Ziel, die Alterssicherungssysteme den sich verändernden Anforderungen anzupassen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die demographische Entwicklung.

In RLP ist der (vorerst?) letzte Schritt der Versorgungsabsenkung auf 71,75 % mittlerweile erreicht. Mit der nächsten Besoldungserhöhung werden den Pensionären neue Versorgungsbescheide zugehen, die auf Basis der 71,75 % erstellt werden.

## **Verlängerung der Lebensarbeitszeit**

Nachhaltige Verärgerung bei den Polizistinnen und Polizisten und heftigsten Protest der GdP löste die Landesregierung im Spätjahr 2002 durch ihre Ankündigung aus, die Lebensarbeitszeit der Polizistinnen und Polizisten auf 63 Jahre für den gehobenen Dienst und 65 Jahre für den höheren Dienst anheben zu wollen. Die GdP organisierte unmittelbar nach Verkündung der Pläne erste Protestaktionen, bei denen hunderte Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gingen.

Schon kurze Zeit später lag im Parlament ein Gesetzentwurf vor, der durch Änderung verschiedener Bestimmungen des Landesbeamtengesetzes die Ruhestandsversetzung für den gehobenen Polizeidienst mit 63 und für den höheren Polizeidienst mit 65 zur Regel machte. Ausnahmen von der verlängerten Lebensarbeitszeit sollten nur für die Polizistinnen und Polizisten gelten, die mindestens 25 Jahre im Wechselschichtdienst, beim SEK, MEK oder der Hubschrauberstaffel Verwendung gefunden haben. Eine Härtefallklausel erlaubt es dem Innen- und Finanzminister bei Einvernehmen in besonders begründeten Fällen bereits nach einer Verwendungszeit von mindestens 24 Jahren in diesen besonderen operativen Einheiten den Ruhestand mit Erreichen des 60. Lebensjahres zu eröffnen.

Der GdP-Landesdelegiertentag 2006 fasste zu den geänderten Lebensarbeitszeiten bei der Polizei mehrere Beschlüsse, die Grundlage für die weiteren Gespräche waren. Dabei wurden mehrere Optionen formuliert: Rückkehr zum 60. Lebensjahr für Alle, Reduzierung auf 62 plus Faktorisierung, Anerkennung weiterer besonders belastender Dienst usf.

Ende 2008 konnte die GdP für diese Ansätze spezifische Fragen erfolgreich bei der SALSA-Befragung einbringen. Anfang 2009 wurden Daten für die versprochene Evaluation des geänderten § 208 LBG durch das ISM eingeholt. Herbst 2009 wurde Prof. Dr. Nachreiner mit der Evaluation der Daten beauftragt. Durch Druck über den HPRP gelang es der GdP, weitere Fragestellungen in den Auftrag an Prof. Dr. Nachreiner einzubringen.

Die Auswertung der Daten bestätigte die Auffassungen der GdP. Schichtdienst macht krank – und je länger, umso mehr. Ab dem ersten Tag zeigt sich ein erhöhtes Belastungsniveau, das nach 10 Jahren leicht, nach 15 Jahren deutlich und nach 18 Jahren sehr deutlich ansteigt. Auch Prof. Dr. Nachreiner regt an, die besonderen Belastungen der übrigen Tätigkeitsfelder der Polizei wissenschaftlich zu untersuchen.

Die GdP entwickelt eigene konkrete Vorschläge zur Änderung des § 208 LBG und berechnet die jeweiligen Auswirkungen der diversen Modelle. Die Gespräche mit den Verantwortlichen dauerten bei Redaktionsschluss noch an.

## **Regress-Verfahren**

Nach wie vor werden die Kolleginnen und Kollegen vom Dienstherrn in Regress genommen – besonders ärgerlich bei den Falschbetankungen, da der Dienstherr nach unserer Auffassung das Betriebsrisiko einseitig auf die Beamtinnen und Beamten verlagert. Im Versicherungsrecht wurde zwischenzeitlich die strenge Abgrenzung

zwischen einfacher und grober Fahrlässigkeit zu Gunsten einer Abstufung verändert. Damit wird den Einzelfällen besser Rechnung getragen. Die GdP setzte sich bei Innenminister Karl Peter Bruch dafür ein, diese Regelung auch für die Fälle von Ingressnahme zu übernehmen. Minister Bruch unterstützte den Vorschlag – die Verbesserung wurde jedoch vom zuständigen Finanzministerium abgewiesen. Es bleibt im Prinzip also dabei: Bei leichter FLK zahlt man keinen Regress – bei grober FLK muss man den Schaden komplett tragen.

Besonders gravierende und teure Schadenfälle können im Extremfall zum finanziellen Ruin der Kollegin oder des Kollegen führen. In Zusammenarbeit mit unserer Partnerorganisation SIGNAL-Iduna und dem GdP-Bundesvorstand werden Möglichkeiten einer besseren Absicherung geprüft.

### **Arbeitszeitverordnung und flexible Arbeitszeit**

Im Frühjahr 2006 legte das ISM eine Neufassung der Arbeitszeitverordnung vor, mit der das tradierte rheinland-pfälzische Arbeitszeitrecht auf den Stand der EU-Rechtsprechung angepasst werden sollte. Darüber hinaus wurden Verbesserungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die Neuregelung eingebaut. Strittig blieb zwischen ISM und GdP die Bewertung der Neuregelung für Pausen während der Arbeitszeit. Eine verpflichtende Pausenregelung für den Schicht- und Wechselschichtdienst lehnte die GdP bereits in der Anhörung der Gewerkschaften und Verbände durch das ISM ab. Dennoch wurde sie in der Arbeitszeitverordnung unverändert aufgenommen, mit der Folge, dass sie im Grundsatz auch für den WSD Anwendung hätte finden müssen. Nach einer zeitnah nach der Veröffentlichung eingeholten Entscheidung von Minister Karl Peter Bruch wurde die Ausnahme für die Polizei klar gestellt. Es blieb mithin bei der geltenden Regelung.

Nach zunächst kontroversen Diskussionen regelte das Innenministerium in Ergänzung zur Arbeitszeitverordnung für die Polizei die Einführung der flexiblen Arbeitszeit. Das System stützt sich auf die Überlegung, anlassbezogene Dienststärken einzuplanen, um so einen zielgenauen Personaleinsatz auf der Basis einer flexiblen Arbeitszeiteinteilung zu erreichen.

Das System ist aus Sicht der GdP dem Grunde nach akzeptabel, wir haben allerdings darauf gedrängt, dass die neue Arbeitszeiteinteilung nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg eingeführt werden darf. Diese Forderung wurde durchgängig erfüllt. Nach anfänglichen Widerständen sind flexible Arbeitszeitsysteme zwischenzeitlich unter starker Mitwirkung der jeweiligen örtlichen Personalräte etabliert und bei dem überwiegenden Teil der Wechselschicht leistenden Polizeidienststellen eingeführt.

Mit der Einführung der Verwaltungsvorschrift für die flexible Arbeitszeit wurden auch die Vorschriften für den Dienst in Bereitschaft und Rufbereitschaft präzisiert. Die Regelungen erfüllen allerdings aus Sicht der GdP noch immer nicht alle Forderungen.

Das Arbeitszeiterfassungssystem EVA ist zwischenzeitlich fast flächendeckend nicht mehr im Betrieb. An seine Stelle ist unter erheblichen Startschwierigkeiten das neue Programm TEMPUS getreten. Allerdings scheiterte die Einführung des neuen Erfassungssystems zunächst an der Tatsache, dass eine Vielzahl von zusätzlichen An-



wendungen nach und nach integriert werden sollten. Ursprünglich war es vorgesehen, bei der Planung auch von flexiblen Dienstplanmodellen eine hilfreiche Unterstützung zu liefern. Die Anwendung, eine automatische Weiterleitung der DUZ-Ansprüche der Beamtinnen und Beamten des WSD an die OFD zu gewährleisten, soll, nach einem Probelauf im Monat Mai 2010, dann endgültig eingerichtet werden und flächendeckend funktionieren.

### **Altersteilzeit**

Am 13.6.2006 beschloss der Ministerrat, die damals gültige Regelung der Altersteilzeit generell auszusetzen. Sie sei nicht mehr zeitgemäß und müsse durch eine Neuregelung ersetzt werden. Nur noch Verwaltungsbereiche, bei denen Personalabbau angestrebt ist, können im Übergang Altersteilzeit vereinbaren.

Die bis zur Neuregelung gut angenommene Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte wurde sodann mit den Bestimmungen des Altersteilzeitgesetzes in der Fassung vom 28. März 2009 auf neue FüÙe gestellt.

Die dort verankerten Regelungen führten allerdings dazu, dass die Beantragung von Altersteilzeit unter monetären Gesichtspunkten unattraktiv wurde.

Vorschläge zur Einführung von Verbesserungen stehen momentan hinter der aktuellen Diskussion um die Evaluation des § 208 LBG zurück. Sie können erst dann wieder erfolgversprechend angegangen werden, wenn über diese Regelungen Klarheit geschaffen ist.

Für den Tarifbereich wurde gemäß einem Schreiben des Ministeriums der Finanzen vom 4. Mai 2010 allen Ministerien freigestellt, im Rahmen ihres Personalkostenbudgets Altersteilzeitverhältnisse auch nach dem 1.1.2010 neu zu vereinbaren.

Für den Polizeibereich hat das ISM mit Schreiben vom 25. Mai 2010, Az.: 03 213-1:322, verfügt, dass alle personalverwaltenden Stellen, also alle BuE, im Rahmen des ihnen zur Verfügung stehenden Personalkostenbudgets über die Neuvereinbarung von Altersteilzeitverhältnissen entscheiden können. Hierbei können allerdings die Zahlungen für den Aufstockungsbetrag zum Regelarbeitsentgelt für die Altersteilzeitarbeit sowie des zusätzlichen Rentenversicherungsbeitrages nur in der gesetzlichen Mindesthöhe erfolgen.

Es wird zudem davon ausgegangen, dass eine Änderung der auf dieser Grundlage abgeschlossenen Verträge durch zukünftige tarifvertragliche Vereinbarungen nicht verändert werden können.

### **Einstellungszuständigkeit**

Das Innenministerium hatte die Zuständigkeit für die Einstellungen in die Polizei seit 2001 den Polizeipräsidien übertragen. Seit 2006 gibt es wieder eine zentrale Einstellungszuständigkeit der LPS/FH der Polizei, allerdings unter Beteiligung der Präsidien. Anfang 2010 ergaben sich erhebliche Differenzen, da die LPS die alleinige Zuständigkeit der Personalauswahl für sich reklamiert und die Präsidien sich ausgebootet fühlen. Der Streit dauert an.

Das Kultusministerium unter Ministerin Doris Ahnen hat einen Ausbildungsgang ‚Staatlich geprüfter Assistent für Polizeidienst und Verwaltung‘ an den Höheren Berufsfachschulen (HBFS) eingerichtet. An drei Standorten (Ludwigshafen, Bad Kreuz-

nach und Lahnstein) wurde je eine Klasse eingerichtet. Die Schüler erwerben dort die Fachhochschulreife und damit Zugang zur FH Polizei.

Die Werbung für die FH und die HBFS führte zu einem starken Anstieg der Bewerberzahlen, die die mit der Einstellungsprüfung Beschäftigten zu überlasten drohen. Das ISM prüft in enger Kooperation mit dem HPRP die Verschlinkung des Prüfverfahrens.

## **Versetzungen**

Transparenz und Chancengleichheit bestimmten als Forderungen der GdP die anhaltende Diskussion um das Versetzungsgeschehen. Mit der Einführung von zwei Alterssäulen mit Grenze bei 35 Jahren und einer Frauenquote in den Säulen hatte das ISM heftigen Protest ausgelöst. Der Widerstand der GdP im Beteiligungsverfahren des HPRP konnte die Einführung des neuen Versetzungssystems nicht verhindern, eine Verwaltungsklage wurde abgewiesen.

Es konnte aber erreicht werden, dass mit der Versetzung der durch die Präsidien selbst Eingestellten die Quotenregelung 2006 aufgehoben wurde. Seither gelten als ‚junge‘ Säule die jungen Kolleginnen und Kollegen, die unmittelbar von der BePo in die Präsidien versetzt werden.

Aufgrund der Zeitabläufe und den steigenden Pensionierungszahlen in Trier und der Westpfalz entspannt sich die Situation, auch beim Altersaufbau. Die Zuversetzten aus dem Rheingraben sind inzwischen in der Spitze Mitte bis Ende 30 Jahre alt und passen exakt in den im Westen unterrepräsentierten Altersbereich.

## **Gesundheitsförderung**

GdP vital – unter diesem Signet läuft eine Schwerpunktaktion der GdP, die für eine stärkere Gesundheitsprävention und einen verbesserten Arbeitsschutz in der Polizei wirbt.

Mit vielfältigen Aktionsangeboten von der Nordic-Walking-Ausbildung bis zur Kanutour und einer fachbezogenen Informationskampagne zeigte die GdP, dass es „gesünder“ geht. Gespräche im Innenministerium zur Einführung eines beruflichen Gesundheitsmanagements für die Polizei wurden von Vertretern des GdP-Landesvorstandes im ISM bereits geführt.

Wie aktuell dieses Thema ist, zeigt das Beispiel Trier. Dort musste aufgrund bisher nicht abschließend zu klärender Emissionen, die erhebliche gesundheitliche Belastungen bei annähernd hundert Beschäftigten der Dienststelle ausgelöst haben, das schon einmal sanierte Dienstgebäude des PP geräumt werden. Jetzt ist die Unterbringung aller Einheiten in einem teilweisen Neubau, einem ehemaligen Postgebäude am Bahnhof, geplant.

Gerade das Trierer Beispiel zum Gesundheitsschutz unserer Beschäftigten zeigt, wie wichtig und umfassend die gewerkschaftliche Vertretung in diesem Bereich ist bzw. sein muss. Die ursprüngliche ausschließlich auf die PCB Belastung fixierte Problem-

stellung weitete sich nach der Sanierung zu einem umfangreichen gesundheitlichen Thema aus. Die erneute Suche nach der Ursache der Erkrankungen im dortigen Dienstgebäude weitete sich von der eigentlichen baulichen Untersuchung über die Überprüfung der dort verwandten Technik der Laserdruckgeräte und des genutzten Recyclingpapiers bis hin zur Prüfung eines Sick Building Syndrom (SBS) aus.

Die Trierer Behördenleitung, die GdP-geführten Personalräte und die Gewerkschaft der Polizei arbeiteten Hand in Hand an diesem Thema.

Auf Drängen und Vorschlag der GdP wurden aber auch die Themen wie Recyclingpapier und „Tonerstäube“ auf die Tagesordnung gehoben.

Eine in Deutschland durch das Bundesinstitut für Risikobewertung in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zur Prüfung der Emissionen aus Laserdruckgeräten an Arbeitsplätzen konnte aufgrund des Engagements der GdP auch nach Trier geholt werden. Deren Ergebnis versetzte uns in die Lage weitere Untersuchungen zu fordern; zwischenzeitlich wird in Rheinland-Pfalz unter der Federführung des LDI / IT-Z mittels einer Arbeitsgruppe ein Druckkonzept entwickelt, das für die gesamte Landesverwaltung Anwendung finden soll.

Das raue/graue Recycling Papier findet beispielsweise beim PP Trier keine Anwendung mehr; es wurde auf weißes Glattpapier umgestellt. Beim neuen Corporate Design Papier wird auch im Bezug auf den Gesundheitsschutz auf dessen Qualität zu achten sein. Entsprechende Nachfragen sind von der GdP initiiert, aber bislang noch nicht abschließend zufriedenstellend beantwortet.

Aus den Erfahrungen in Trier entstand ein Antrag an den Landesdelegiertentag 2006 und dessen Weiterleitung an den Bundeskongress in Berlin. Dort wiederum wurde eine Bundeskommission Gesundheitsschutz eingerichtet, wo u. a. auch das Thema Emissionen aus Laserdruckgeräten abgearbeitet wird.

Was in Trier durch die dortige Bezirksgruppe angeschoben wurde, war nun auf der Bundesebene der GdP angekommen und wurde mit Nachdruck bearbeitet.

Der Bereich der Gesundheitsförderung spielt bei der GdP seit Jahren eine wichtige und herausragende Rolle. Diese Arbeit wird von unseren Mitgliedern überaus positiv angenommen und bewertet. Eine bundesweite Umfrage hat die Wichtigkeit des Gesundheitsschutzes in der gewerkschaftlichen Interessensvertretung bestätigt. Gleichwohl gilt auch in diesem Bereich, dass intensive und nachhaltige gewerkschaftliche Interessensvertretung stets das Bohren dicker Bretter bedeutet.

## **Beihilfe**

Die Klagen gegen die Kostendämpfungspauschale und die Beteiligung von 13 € zum Erhalt der Wahlleistungen wurden bis zum BVerfG geführt. Das BVerfG entschied gegen die Beamtinnen und Beamten.

Durch die Schließung der Beihilfestelle Trier und die Übertragung der Arbeit nach Koblenz kam es zu nicht mehr hinnehmbaren Verlängerungen der Bearbeitung der Beihilfeanträge. Nach Intervention von Heinz Werner Gabler bei Finanzminister Cars-

ten Kühl wurde in Koblenz Personal eingestellt. Durch Samstagsarbeit wurden die Rückstände aufgearbeitet.

## **Dienstunfähigkeit**

Zunehmend verschärfen sich die Rahmenbedingungen für die Ruhestandsversetzung bei Dienstunfähigkeit bzw. die Kontrollmaßnahmen nach erfolgter vorläufiger Ruhestandsversetzungen. Die Feststellung der Dienstunfähigkeit ist zentral der ZMU in Mainz übertragen, die in ihren Untersuchungsergebnissen deutlich dem Prinzip folgt, die Ruhestandsversetzung solange wie möglich zu vermeiden. Die damit verbundenen Konsequenzen lösten in einer Reihe von Fällen zusätzliche gesundheitliche Belastungen für Betroffene aus, vielfach sind Kontroversen vor Ort über die eingeschränkte Verwendung entstanden und in nicht wenigen Fällen mussten Gerichte darüber entscheiden, ob Dienstunfähigkeit vorliegt oder doch die Ruhestandsversetzung zu erfolgen hat.

Wie die SALSA-Umfrage der Unfallkasse, die Erhebungen der AG Personalstruktur und die Studie zum § 208 von Prof. Nachreiner zeigten, hat die Zahl der eingeschränkt Dienstfähigen drastisch zugenommen. Die GdP hat im Rahmen der Evaluation des § 208 und im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung Vorschläge zur Verbesserung der Situation eingebracht, welche derzeit in der politischen Beratung sind.

## **Bachelor und Master**

Die Umstellung der Polizeiausbildung an der rheinland-pfälzischen FH im Rahmen des Bologna-Prozesses auf den Bachelor-Abschluss ist der GdP ein besonderes Anliegen. Wir folgen damit dem schon auf Bundesebene eingeleiteten Verfahren zur Internationalisierung der universitären Polizeiausbildung an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup zum Master-Abschluss.

Unter Leitung von Ernst Scharbach entwickelt eine Arbeitsgruppe der GdP auf Landesebene Ideen und Forderungen für das Bachelor-Konzept. Bei einem GdP-Forum im Konferenzzentrum der FH auf dem Hahn konnten sich Dozenten, Studierende und Vertreter des Einzeldienstes über die Zielvorstellungen und die Bedingungen des Akkreditierungsverfahrens informieren.

Die Arbeiten sind abgeschlossen. Der 3. Studiengang hat im Mai 2010 begonnen. Wie schon bei der Entwicklung des Studiums kümmert sich die GdP intensiv um die Umsetzung und steht der Verwaltung, den Dozenten und den Studierenden mit Rat und Tat zur Seite.

Die Umstellung auf den Master-Abschluss in Hiltrup hatte zur Folge, dass den rheinland-pfälzischen Personalräten die Anwesenheit bei den Beratungen der Prüfungsergebnisse nicht mehr gestattet wurde. Das Ministerium hat sich bei der Deutschen Hochschule der Polizei für die Beibehaltung der bisherigen Praxis eingesetzt. Das Kuratorium folgte der Eingabe jedoch nicht. Der Landesvorstand hat den Bundesvorstand gebeten, in dieser Sache eine rechtliche Klärung herbeizuführen. Ergebnisse stehen noch aus.

## **Führen mit Zielen und OPCO**

Über Monate zog sich ein Streit zwischen dem Innenministerium auf der einen Seite und der GdP und ihren Personalräten auf der anderen Seite um die Erfassung und Auswertung von Zielvereinbarungen auf der Ebene der Inspektionen hin. Aus dem PP Rheinland-Pfalz war der Vorschlag gekommen, Zielvereinbarungsprozesse bis in die Dienstgruppen hinein mit dem EDV-Programm OPCO zu erfassen. Das Nutzen des Datenmaterials zur Verhaltens- und Leistungskontrolle drohte, Dienstgruppen fühlten sich gegeneinander ausgespielt, die Registrierung von polizeilichen Aktivitäten trieb immer neue Blüten.

Die Auswirkungen von OPCO werden weiter unterschiedlich bewertet. Die GdP hält nach wie vor nichts vom vordergründig so ‚objektiven‘ Zählen von Maßnahmen und fühlt sich in ihrer Kritik durch die Erfahrungen bestätigt.

## **Beurteilungen**

Das anlassbezogene Beurteilungsverfahren ist durch eine Reihe von Urteilen des OVG Rheinland-Pfalz und der Verwaltungsgerichte präzisiert worden. Das Verfahren selbst kann als „gerichtsfest“ eingestuft werden. Verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzungen treten im Grunde nur noch bei Anwendungsfehlern auf.

Die sich aus der Rechtsprechung ergebenden Erfordernisse für die Anpassung der Beurteilungsvorschrift und weitere Anregungen aus den Behörden und Einrichtungen sollen umgesetzt werden. Die GdP wird sich an der Diskussion beteiligen.

## **4. Besoldungsrecht und Haushaltspläne**

### **Besoldungserhöhungen**

In der Umsetzung des Tarifergebnisses für die Anhebung der Löhne und Vergütungen ab 2005 forderten die DGB-Gewerkschaften erneut die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamten. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass Teilelemente des neuen Tarifvertrages im Beamtenbereich zu Kompensationen führen müssen. Für die Jahre 2005, 2006 und 2007 fordern die Gewerkschaften Einmalzahlungen in einer Gesamthöhe von 300 € und eine adäquate lineare Erhöhung ab 1.1.2007.

Hier zeigt sich zum ersten Mal, welche fatale Wirkung die über die Föderalismusreform geplante Öffnung der Besoldungskompetenz für die Länder haben wird. Ministerpräsident Kurt Beck verkündete nämlich in seiner Regierungserklärung im Juni 2006, dass die gesetzlichen Neuregelungen sofort dazu genutzt werden sollen, die Besoldungsanhebung im Vergleich zum Tarifabschluss mit jeweils einem Anstieg um 0,5 v.H. in den Jahren 2007 und 2008 deutlich abzuflachen. Für die Pensionäre bedeutete dies zwei weitere Nullrunden.

Die Ergebnisse des Tarifvertrages TV-L von 2009 (Einmalzahlung von 40 €, 2,4 % ab 1.3.2009 und 1,2 % ab 1.3.2010), welcher auch unter Mitwirkung der Beamtinnen und Beamten erstritten wurde, wurde von der Landesregierung 1:1 auf die Beamten

übertragen. Das verbliebene Weihnachtsgeld wurde in das Grundgehalt, die Familienzuschläge und die Polizeizulage eingearbeitet.

## **Eingangsbesoldung**

Mit seiner Regierungserklärung vom Juni 2006 kündigte Ministerpräsident Kurt Beck weiter an, die Eingangsbesoldung nach Berufsausbildung für 3 Jahre auf die nächstniedrigere Besoldungsgruppe festzulegen. Die Polizeianwärterinnen und -anwärter wären demnach künftig nach Absolvierung der FH zunächst in A 8 eingestuft worden. Die Landesregierung begründete die Einsparung mit der prekären Haushaltslage und der ausreichenden Bewerberzahl. Die GdP protestierte gegen den Einschnitt. Besonders die Gespräche der JUNGEN GRUPPE und der JAV bei Minister Karl Peter Bruch und Ministerpräsident beeindruckten: Die Eingangsbesoldung wurde nicht abgesenkt.

## **Familienbezogene Bestandteile der Besoldung und Kindergeld**

Eine abschließende Regelung konnte für die Alimentation von Beamten mit drei und mehr Kindern gefunden werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte den höheren Besoldungsansprüchen dem Grunde nach stattgegeben.

In mehreren Verfahren mussten danach mit Rechtsschutzunterstützung der GdP die Frage geklärt werden, ob Ansprüche von einzelnen Beamten bei der OFD in ausreichender Form geltend gemacht wurden. Auch diese Verfahren führten zum Erfolg.

Eine gute Nachricht hatte die GdP im Sommer 2005 für viele Eltern und Kindergeldbezieher: Das Bundesverfassungsrecht hat in seinem Beschluss vom 11.1.2005 (Az.: 2 BvR 167/02) festgestellt, dass die Sozialversicherungsbeiträge bei der Berechnung der Bemessungsgröße beim Kindergeld abzuziehen sind.

In einem weiteren Rechtsstreit wird nun mit Unterstützung der GdP geklärt, ob in vergleichbaren Fällen bei Beamten die Beiträge zur privaten Krankenversicherung und ggf. auch zur zusätzlichen Alterssicherung ebenfalls in Abzug gebracht werden dürfen. Die OFD hatte dies in enger Auslegung der o.a. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zunächst abgelehnt.

## **Etat und Personalplanung**

Mit einem straffen Sparkurs reagierte die Landesregierung auf das Wegbrechen von Steuereinnahmen und die sich damit verschärfende Haushaltssituation. In allen Bereichen wurden Ausgaben zurückgeführt. Davon blieb auch die Polizei nicht verschont - wenn auch der Bereich der öffentlichen Sicherheit zu den Feldern der Landesregierung zählt, die in der Haushaltspolitik im Vergleich zu anderen Ressorts geschont wurden.

Die Ausgaben für Baumaßnahmen, Polizeitechnik sowie Bekleidung und Ausstattung mussten gekürzt werden, liegen aber in einem verträglichen Rahmen. Gravierender wirken sich die Einschnitte beim Personalbudget der Polizei aus. Der Personalstand

bei den Polizistinnen und Polizisten wurde vom Landtag bei 9.014 ausgebildeten Beamtinnen und Beamten festgeschrieben. Derzeit befinden sich durch die auf 350 erhöhten Einstellungen und insbesondere durch die Erhöhung der Lebensarbeitszeit fast 9.500 Kolleginnen und Kollegen im Dienst. Die Pensionierungswelle wurde um drei Jahre verschoben; aber sie kommt dennoch. Wenn die Einstellungsquoten nicht weiter angehoben werden, wird die Zahl der Polizistinnen und Polizisten unter 9.000 fallen.

Im Verwaltungs- und Tarifbereich führt die sog. Effizienzquote dazu, dass Jahr für Jahr Personal abgebaut wird. Die teilweise dagegen gestellten Angestelltenprogramme mit zusätzlichen Stellen beispielsweise für die Kriminalitätsbekämpfung konnten diesen Prozess nur etwas abdämpfen.

Die Landesregierung geht seit Jahren davon aus, dass für die rheinland-pfälzische Polizei eine Gesamtpersonalstärke von 9.014 ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten ausreichend ist, um die Aufgaben erfüllen zu können. Allerdings wurden seit 2006 mehr als 600 Kolleginnen und Kollegen vom Wechselschichtdienst in den Tagesdienst versetzt, um spezialisierte Aufgaben zu übernehmen. Die Zahl der im WSD Tätigen ist von 4.400 auf 3.800 gefallen. Wenn nun auch noch die steigenden Pensionierungszahlen hinzugerechnet werden, wird, falls das Ministerium nicht energisch gegensteuert, der Wechselschichtdienst in den heutigen Inspektionen nicht mehr aufrecht zu erhalten sein.

### Zweigeteilte Laufbahn, Dienstpostenbewertung und Beförderungen

Die Verwirklichung der zweigeteilten Laufbahn geht weiter voran. Rheinland-Pfalz liegt dabei im Vergleich der Bundesländer auf einem Spitzenplatz. Im Jahre 2010 sind noch 180 Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst. Die GdP hat der Regierung vorgeschlagen, die Überleitung der verbliebenen Kollegen – auch angesichts des neuen LBG – per Gesetz zu regeln.

Die Beförderungskonzeption für die Jahre 2006 bis 2010 war von Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Entgegen vieler Befürchtungen wurde in keinem Jahr der Beförderungstermin gestrichen. Der GdP ist es bei der Entwicklung der jährlichen Beförderungskonzeptionen durch beharrliches Verhandeln immer wieder gelungen, Nachbesserungen in den Beförderungsvorgaben und -zahlen zu erreichen.

	Beförderungen 2002 - 2005				Beförderungen 2006 - 2010				
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
A 8									
A 9 m.D.	116	0	66	31	30	6	3	0	1
BW	229	0	170	174	144	154	97	14	7
eBW		0	108	87	64	57	44	25	55
A 10	362	0	174	90	95	74	111	84	46
A 11	523	0	308	429	558	345	305	686	587
A 12	220	0	202	268	255	243	176	258	281
A 13	69	0	71	65	73	59	46	60	70
Gesamt	34	0	35	35	39	30	21	20	28
	1553	0	1134	1179	1258	968	803	1147	1075

Probleme bereitet noch immer die Umsetzung der Dienstpostenbewertung. Auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse der AG Funktionsbewertung sind alle Funktionen erfasst und es gibt eine nachvollziehbare Differenzierung zwischen den Sachbearbeiterfunktionen (bis A 11) und den ausschreibungspflichtigen Funktionen (ab A 12) beispielsweise in der Führung von Dienststellen oder Dienstgruppen. Eine AG hat die Funktionsbeschreibungen geprüft und zusammengefasst. Gerade die eigentlich angestrebte Reduzierung führte aber bei anderen zu Missfallen. Eine Entscheidung steht noch an.

Alle diese Funktionen wurden mit einem Funktionsprofil versehen, das Grundlage für das Beurteilungsverfahren und andere Personalmaßnahmen ist. Das ISM hat allerdings bis heute davon abgesehen, dem Hauptpersonalrat Polizei auch das Wertungsschema für diese Funktionen ab A 12 aufwärts zur Mitbestimmung vorzulegen. Damit fehlt nach wie vor eine verbindliche Dienstpostenbewertung für die Polizei.

Beide Themen (Funktionsbeschreibung und –bewertung) müssen evtl. unter dem Licht des neuen LBG und des noch nicht im Entwurf vorliegenden LBesoldungsgesetzes neu aufgerufen werden. Auch die LaufbahnVO für die Polizei muss an die neuen Rechtslagen angepasst werden.

### **Jubiläumszuwendungsverordnung**

Die Gewerkschaft der Polizei lehnte im Herbst 2003 die Änderung der Jubiläumszuwendungsverordnung ab. Bereits durch die Änderung der Steuergesetzgebung mussten es die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zuvor hinnehmen, dass die Zuwendung durch Besteuerung in ihrer Nettowirkung faktisch halbiert wurde. Während die Arbeitgeber in der freien Wirtschaft zu zahlende Treueprämien aufstockten, um einen Teil der steuerlichen Auswirkungen zu übernehmen, beließ es der öffentliche Dienstherr bei der Höhe der Zuwendung und somit trugen die langjährig Beschäftigten die Belastungen allein. Mit der weiteren Novelle wurde die bisherige Geldzuwendung durch eine Sachzuwendung ersetzt. Die Kosten für diese Sachzuwendung dürfen 40.- Euro nicht übersteigen. Die Ehrung verkommt damit zur Farce. In den letzten vier Jahren konnte keine Änderung erreicht werden.

## **5. Tarifbeschäftigte, Tarifverträge, Altersteilzeit, VBL und Rente**

### **Tarifpersonal**

Nach der Zusammenführung der Arbeiterinnen/Arbeiter und der Angestellten durch Einführung des TV-L wurde 2008 ein gemeinsamer Stellenplan für die Arbeiterinnen und Arbeitnehmer (Tarifbeschäftigte) ausgewiesen. Mit Stand Januar 2010 weist der Stellenplan der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Soll von 1.630,75 Stellen aus. Besetzt waren zu diesem Zeitpunkt lediglich 1.437,40 Stellen. Unter der Voraussetzung, dass die 25 Stellen des Spezialistenprogramms im Laufe des Jahres 2010 besetzt werden, bleiben weiterhin 168,35 Stellen unbesetzt. Die Budgetierung und die verordnete „Effizienzdividende“ von bis zu 1,8 % im Tarifbereich führten dazu, dass eine Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Stellen unmöglich war. Die Behörden und Einrichtungen waren und sind zu Einsparungen gezwungen und



es bleibt wenig Spielraum für Neueinstellungen. Hinzu kommt die auferlegte Wiederbesetzungssperre von sechs Monaten. Selbst in dringenden Nachbesetzungsfällen sind die Behörden verpflichtet, andere Stellen entsprechend länger frei zu halten (Ausnahme: Stellen des Spezialistenprogramms). Budgetüberschreitungen werden ab dem Haushaltsjahr 2010 als Minus in das kommende Haushaltsjahr übertragen. Bei einer Überschreitung von über 1 % sind die Behörden und Einrichtungen verpflichtet, diese Überschreitung zu begründen und durch weitere Sparmaßnahmen auszugleichen. Diese Regularien werden dringend erforderliche Personalmaßnahmen stark einschränken.

Den Forderungen der GdP nach zusätzlichen Tarifstellen zur Entlastung von Polizeibeamtinnen und –beamten kam das ISM 2008 durch ein Spezialistenprogramm nach. Den Behörden und Einrichtungen wurden 18 Stellen für die Bereiche DV-Ermittlung und Wirtschaftskriminalität zugewiesen. In den Jahren 2009 und 2010 wurden weitere 50 Stellen zur Verfügung gestellt. Auch diese Stellen waren gebunden für die Bereiche DV-Ermittlungen, Wirtschaftskriminalität und für weitere Spezialgebiete beim LKA.

Sonderprogramme zur Einstellung von schwerbehinderten und arbeitslosen Menschen über 55 Jahren entspannten teilweise die Personalsituation in den Behörden und Einrichtungen, zumal bei Einstellung von Schwerbehinderten die Wiederbesetzungssperre von sechs Monaten wegfällt und die Kosten durch das Sozialministerium durch Zahlung von Fördergeldern bis zu drei Jahren übernommen werden. Die Eingliederung der schwerbehinderten Menschen hat sich aus Sicht der GdP bewährt. Die Kolleginnen und Kollegen sind dankbar für die neue Perspektive und zeigen dies durch ihr vorbildliches Engagement.

Die Forderung der GdP nach Ausbildungsplätzen bei den Behörden und Einrichtungen wurde 2006 erstmals aufgenommen und in den fortlaufenden Jahren weitergeführt. Es wurden Ausbildungsplätze im Bereich der Verwaltung und der EDV-Technik (35 Stellen) sowie der Werkstätten (vier Stellen) geschaffen. Im Rahmen eines von der GdP geforderten Nachwuchsförderprogramms für den Tarifbereich, das die in den kommenden Jahren bevorstehenden Verrentungen von Tarifpersonal auffangen soll, wurden Anfang Januar 2010 für die kommenden Jahre zusätzliche Ausbildungsstellen (auf insgesamt 60) zugesagt.

Es hat sich gezeigt, dass das Konzept aufgegangen ist. Bisher konnten fast alle Auszubildende nach einer erfolgreich abgeschlossenen Prüfung übernommen werden; teilweise zunächst befristet oder in Teilzeit.

## **Tarifverträge**

Von den tief greifenden Veränderungsprozessen in Deutschland ist auch der öffentliche Dienst betroffen. Die Tarifpolitik für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist komplexer geworden. Durch Öffnungsklauseln, Regionalisierung und Privatisierung hat sich die tarifpolitische Landschaft gewandelt. Gemeinsame Verhandlungen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind durch den Bruch im Tarifbündnis von Bund, Ländern und Kommunen in weite Ferne gerückt. Dieses Zerwürfnis erschwert das Tarifgeschäft für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Für die Beschäftigten der Länder wurde nach einer der härtesten Tarifaufeinandersetzungen im öffentlichen Dienst, begleitet durch bis zu 14-wöchigen Streikmaßnahmen, im Mai 2006 der Tarifvertrag-Länder (TV-L) vereinbart, der zum 01. November 2006 in Kraft trat. Mit Inkrafttreten des TV-L erfolgte die Zusammenführung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten zu dem Begriff der „Beschäftigten“, für die seitdem einheitlich der TV-L Anwendung findet. Der zum gleichen Zeitpunkt vereinbarte TVÜ regelt die Überleitung der zum 01. November 2006 bereits Beschäftigten zur Sicherung ihrer Einkommen und ihrer Arbeitsbedingungen.

Streitpunkt in den Tarifverhandlungen 2006 war die Regelung der Arbeitszeit. Die Arbeitgeberseite forderte eine Arbeitszeiterhöhung auf 40 Stunden wöchentlich. Um die Tarifgemeinschaft in diesen harten Auseinandersetzungen nicht zu gefährden, willigten die Gewerkschaften einer individuellen Arbeitszeitregelung der Länder ein. Die Arbeitszeiten schwanken zurzeit zwischen 38,5 und 40,6 Stunden wöchentlich. Für Rheinland-Pfalz wurde die Arbeitszeit auf 39 (38,5 für stark belastete Bereiche wie Werkstätten oder Wechselschichtdienste) Stunden festgelegt.

Die Arbeitszeitregelung unterliegt der Öffnungsklausel des TV-L. Jedes Land kann eigenständig die Arbeitszeitregelung mit einer Frist von einem Monat zum Schluss eines Kalendermonats kündigen und neue Arbeitszeitregelungen verhandeln. Für zum Zeitpunkt der Kündigung bereits Beschäftigte gilt die tarifliche Nachwirkung, so dass ihnen zunächst keine Nachteile entstehen.

Mit Abschluss des TV-L wurden Einkommensverbesserungen in Form von Einmalzahlungen im Juli 2006, im Januar 2007 und im September 2007 vereinbart.

Ab 01. Januar 2008 wurden die maßgebenden Entgelttabellen im Tarifgebiet West und die Ausbildungsentgelte um 2,9 % angehoben.

Die Jahressonderzahlung (Zusammenführung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld) in Höhe von 35 % bis 95 % - gestaffelt nach Entgeltgruppen – wird mit dem Novembergehalt ausgezahlt. Die Regelung zur Jahressonderzahlung unterliegt ebenfalls der Öffnungsklausel; sie kann mit einer Frist von drei Monaten zum 31. Dezember eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Die Überleitung der bereits Beschäftigten in den neuen TV-L zum 01. November 2006 forderte die Tarifvertreter/-innen und Personalräte in den Behörden und Einrichtungen extrem heraus. Landesweit fanden Personalversammlungen für die Tarifbeschäftigten statt, um sie auf die Änderungen und Besonderheiten im neuen Tarifrecht hinzuweisen. Weit über 700 Tarifbeschäftigte nutzten diese Veranstaltungen, um sich zu informieren, aber auch, um ihre individuelle Einzelfälle prüfen zu lassen. Auftretende Probleme bei der Weiterzahlung von Zulagen für Schreibkräfte und bei Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses aus familiären Gründen konnten im Einvernehmen mit dem Finanzministerium positiv für die Beschäftigten geklärt werden.

Zum 31.12.2008 kündigten die Gewerkschaften die für die Länder geltenden Entgelttabellen und forderten für die Beschäftigten

- Einkommensverbesserungen von 8 %, mindestens 200 Euro
- Verlängerung des Übergangrechts für Zeit- und Bewährungsaufstiege
- Übernahme der Auszubildenden

- Festbetrag von 120 Euro für Auszubildende
- Zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), vertreten durch Verhandlungsleiter Hartmut Möllering (CDU), niedersächsischer Finanzminister, bezeichnete die Forderungen der Gewerkschaften als „nicht von dieser Welt“. Die Arbeitgeberseite war in den ersten beiden Verhandlungsrunden nicht bereit, ein Angebot vorzulegen. Erst nach zähem Ringen kam es am 01. März 2009 zu einem Verhandlungsergebnis.

Die harten und zähen Tarifverhandlungen wurden mit bundesweiten Aktionen begleitet; insgesamt konnten über 100.000 Beschäftigte der Länder mobilisiert werden. Die GdP Rheinland-Pfalz rief, gemeinsam mit ver.di und GEW, am 12. Februar zum ersten Warnstreik auf. Da es in diesen Verhandlungen auch um die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses auf die Beamtenschaft ging, war die Beteiligung der Beamtinnen und Beamten erfreulich hoch. Über 2.500 Beschäftigte – darunter ca. 1.000 Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarif- und Beamtenbereich der Polizei - beteiligten sich an der Auftaktveranstaltung im Kulturzentrum Mainz mit einem anschließenden Demo-Zug zur Kundgebung vor dem Landtag. Nachdem keine Bewegung auf Arbeitgeberseite zu erkennen war, wurde zu einem zweiten Warnstreik am 26. Februar aufgerufen. Die Teilnehmerzahl konnte noch einmal getoppt werden. Ca. 3.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes folgten dem Aufruf der Gewerkschaften und machten deutlich hörbar ihrem Unmut über den ignoranten Verhandlungsleiter Möllering Luft. Für die GdP Rheinland-Pfalz waren diese Aktionen wieder einmal eine Bestätigung dafür, dass es bei Tarifverhandlungen auf den Zusammenhalt zwischen Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten ankommt. Denn: „Egal, ob Uniform oder Arbeitskittel, bei Tarifverhandlungen geht es stets um aller Mittel.“

Das Tarifergebnis wurde in Rheinland-Pfalz zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen und Beamten übernommen.

Das Tarifergebnis in Einzelnen:

- Einmalzahlung von insgesamt 40 Euro für Januar und Februar 2009
- Sockelbetrag von 40 Euro ab 01. März 2009
- darauf 3,0 % ab 01. März 2009
- zusätzlich 1,2 % ab 01. März 2010
- Erhöhung der Garantiebeträge und der Besitzstandszulagen in gleichem Umfang
- Erhöhung des Ausbildungsentgelts um 60 Euro ab 01. März 2009 und um 1,2 % ab 01. März 2010
- Laufzeit bis 31.12.2010
- Verlängerung der Übergangsfristen für noch ausstehende Zeit- und Bewährungsaufstiege bis zum 31. Dezember 2010
- Wegfall des Leistungsentgelts durch Einbau in das Tabellenentgelt

Die Laufzeit des Tarifergebnisses endet zum 31. Dezember 2010, so dass Anfang 2011 die nächsten Verhandlungen für die Beschäftigten der Länder anstehen.

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen Anfang dieses Jahres haben gezeigt, dass aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage die Verhand-

lungen noch härter geführt werden. Diese Vorgehensweise werden auch die Gewerkschaften bei den Verhandlungen für die Beschäftigten der Länder deutlich zu spüren bekommen. Die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse zwingt die Länder zu Einsparungen. Die Gewerkschaften werden ihr Augenmerk darauf legen, die bestehenden Einkommen und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu erhalten und Absenkungen zu vermeiden. Es steht zu befürchten, dass die Länder von ihren Öffnungsklauseln (Arbeitszeit und Jahressonderzahlung) Gebrauch machen. Dies gilt es zu verhindern.

### **Altersteilzeit**

Der Tarifvertrag Altersteilzeit ist am 31.12.2009 ausgelaufen. Das Altersteilzeitgesetz besteht weiterhin, jedoch ist die Förderung – Aufstockung des Entgelts durch die Bundesagentur für Arbeit – weggefallen, so dass sich die Altersteilzeit finanziell nicht mehr lohnt. Bund und Kommunen haben in den diesjährigen Tarifverhandlungen eine Regelung zur Fortführung der Altersteilzeit vereinbart, die jedoch keine echte Alternative zum bisherigen Tarifvertrag Altersteilzeit bietet. Es bleibt abzuwarten, ob in den kommenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder eine Forderung zur Fortführung der Altersteilzeit aufgenommen wird.

### **Altersvorsorge (VBL)**

Im Jahr 2001 wurde die Altersversorgung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst über die Zusatzversorgungskassen (VBL) neu geregelt. Teile der Neuregelungen erklärte der Bundesgerichtshof für unzulässig und trug den Tarifvertragsparteien auf, sie zu Gunsten der Beschäftigten zu überarbeiten; dies ist bisher nicht geschehen. Die Arbeitgeberseite hat bereits zu erkennen gegeben, dass eine Beibehaltung des jetzigen Systems aus finanzieller Sicht nicht tragbar sei. Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und der Austritt vieler Arbeitgeber aus der VBL führen zu einem finanziellen Einbruch. Bei Aufnahme neuer Verhandlungen ist zu befürchten, dass die Arbeitgeberseite extreme Verschlechterungen einbringen wird.

### **Rente mit 67**

Gegen den Widerstand der Gewerkschaften wurde 2007 das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz verabschiedet. Das Rentenalter wird stufenweise auf 67 Jahre angehoben.

Übergangsregelungen für Geborene 1947 - 1963 (von 65 ⇒ 67):

Geburtsjahr Anhebung um Monate

1947	1	1953	7	1959	14
1948	2	1954	8	1960	16
1949	3	1955	9	1961	18
1950	4	1956	10	1962	20
1951	5	1957	11	1963	22
1952	6	1958	12	ab 1964	<b>24</b>

Damit die im RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vorgenommene Anhebung der Altersgrenzen greifen kann, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die Be-

schäftigungssituation älterer Arbeitnehmer nachhaltig verbessert. Daher wurde der Bundesregierung aufgegeben, den gesetzgebenden Körperschaften vom Jahr 2010 an alle vier Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können.

Die GdP ist nach wie vor der Auffassung, dass es sich bei der Erhöhung des Renteneintrittsalters in erster Linie um eine Maßnahme zur Rentenkürzung handelt – nur knapp 10 % der Beschäftigten erreichen das derzeitige Rentenalter von 65 Lebensjahren. Der frühere Eintritt in die Rente – gleich ob wegen Krankheit oder wegen Arbeitslosigkeit – führt zu beträchtlichen Rentenkürzungen. Durch das Anheben der Renteneintrittsgrenze auf 67 wird die Rente bei früherem Renteneintritt noch mehr gekürzt werden. Damit ist Altersarmut bei vielen Menschen vorprogrammiert.

## **6. Polizeirecht, Einsätze, Technik, Ausstattung und Dienstliches**

### **POG**

Dem Landtag liegen folgende Änderungsvorschläge des Innenministeriums vor:

- Die Polizei soll Kontaktverbote auch aussprechen dürfen, wenn es keine Vorbeziehung zwischen Täter und Opfer gibt.
- Der automatisierte Kfz-Kennzeichenabgleich soll abgeschafft werden.
- Die Telekommunikationsüberwachung soll durch die Quellen-TKÜ ergänzt werden.
- Die Polizei soll zur Unterbrechung von Telekommunikation ermächtigt werden.
- Die Rasterfahndung soll den Vorgaben des BVerfG angepasst werden.
- Die Zeugnisverweigerungsberechtigten sollen besser geschützt werden.
- Der Zugriff auf ‚informationstechnische Systeme‘ soll ermöglicht werden.

Die Fachausschüsse Schutz- und Kriminalpolizei werden gemeinsam mit dem geschäftsführenden Landesvorstand eine Stellungnahme erarbeiten und bei der Anhörung im Landtag einbringen.

### **Schutzwesten**

Zug um Zug wurden die Polizistinnen und Polizisten in den operativen Einheiten mit modernen Schutzwesten ausgestattet. Streit gibt es inzwischen über die Definition, wer zu operativen Einheiten zu zählen ist. Die GdP mahnte mehr Flexibilität bei Einzelfällen an.

### **Fahrzeuge und Informationstechnik**

Im Streifendienst setzt die Polizei durchgängig auf Streifenwagen im Leasing-Verfahren. Die GdP hat das Leasingkonzept begrüßt und findet sich durch die positi-

ve Resonanz im Kollegenkreis bestätigt. Nur durch dieses Verfahren bleibt die Polizei stets auf dem neuesten Stand der Fahrzeugtechnik. Das ISM hat im Bereich Fahrzeuge erhebliche Mittel eingespart, was im Einzeldienst zu einer kritisierten Reduzierung der Fahrzeuge führte. Die GdP monierte, dass dafür an anderer Stelle zusätzliche Mittel für Reisekosten, z.B. beim Besuch von Lehrgängen anfallen. Die Inanspruchnahme privater Fahrzeuge sollte nach Ansicht der GdP Ausnahme und nicht Regel sein.

*„Der Digitalfunk soll endlich kommen. Für 2010 ist jetzt die bundesweite Einführung für die Polizei ins Auge gefasst. Rheinland-Pfalz hat die haushalterischen Voraussetzungen für die Erstmaßnahmen geschaffen und wird eine eigene Projektgruppe Polizei für die Einführung der neuen Technik einsetzen“* schrieben wir im Geschäftsbericht 2006. Leider kam es anders. Auch im Jahre 2010 ist von digitalem Funk nichts zu sehen (und zu hören). Durch die unterschiedlichsten Probleme wurde die Umsetzung immer wieder verzögert. Es lebe der Föderalismus! Für ein Industrieland wie Deutschland eine Schande!

Inzwischen macht sich allerdings auch Kritik am Digitalfunk breit. Es gibt Hinweise, dass der Digitalfunk körperliche Beschwerden auslösen könnte. Bei allem Wunsch nach Verbesserung der Kommunikationstechnik: Für die GdP steht die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen an erster Stelle. Josef Schumacher setzt sich auf Landes- und Bundesebene für den bestmöglichen Schutz der Beamten ein.

## **Dienstkleidung**

Die neue blaue Uniform wird Zug um Zug ausgeliefert. Die GdP und ihre Personalräte begleiten die Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen und wiesen bereits in mehreren Fällen im Ministerium auf Probleme hin.

In einer Gesprächsrunde im Frühjahr 2010, mit dem im Innenministerium für Bekleidungsfragen zuständigen Referatsleiter MR Philipp Römer, trugen die stellvertretenden GdP-Landesvorsitzenden Heinz-Werner Gabler und Helmut Knerr die Forderungen, Beschwerden und Anregungen der GdP zur Dienstkleidung vor. Grundlage dabei waren die vielen Hinweise aus dem Kolleginnen- und Kollegenkreis zur neuen Dienstkleidung aber auch zu anderen Bekleidungsthemen.

Die GdP fordert für das Bekleidungsbudget 4 Mio. Euro einzustellen. Diese Forderung wird die GdP in die Haushaltsberatungen einbringen. Die Beschaffung und Ver- ausgabung der Standarduniform war gut gelaufen. Bei einigen Bekleidungs- teilen und Größen entstanden Lieferschwierigkeiten. Hersteller konnten nicht zeitgerecht liefern und die Bekleidungsstellen bei der BePo mussten die Kolleginnen und Kollegen ver- trösten. Die Kolleginnen und Kollegen in den Bekleidungsstellen haben bei der Ausgabe der neuen Uniform ein tollen Job gemacht.

Die verschiedenen Eingaben der Polizistinnen und Polizisten wurden detailliert mit dem ISM besprochen. Die Beschaffenheit und Passform der Winterhose, der Hemden, Details beim Parka, die Notwendigkeit eines Binders mit Klippverschluss waren ebenso Thema, wie beispielsweise die Beschaffung eines Bekleidungs- teils zum Tra- gen unter der taktischen Hülle. Nun gilt es, die repräsentative Dienstkleidung anzu- gehen. Die neue Dienstbekleidung wird auch wieder Optimierungsbetrachtungen zu

unterziehen sein. Dabei darf nicht verkannt werden, dass die alte Uniform an die Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst noch verausgabt ist und man auch diesem Umstand Rechnung tragen muss. Die Sonderbekleidung für geschlossene Einheiten, Kradfahrer und Diensthundeführer muss mittelfristig umgestellt werden. Das sind große Brocken, die noch zu stemmen sind. Auch Bedarfe bei der Sonderbekleidung für die Kripo sind vorhanden.

### **Unterbringung / Liegenschaften der Polizei**

Im Vergleich zu anderen Ländern weist die Polizei in Rheinland-Pfalz für fast alle Dienststellen eine gute Unterbringung auf.

Mit verschiedenen gewerkschaftlichen Beiträgen in Gesprächen und schriftlichen Eingaben, beispielsweise bei der sich sehr problematisch gestaltenden Neubaumaßnahme des PP Trier, setzt die GdP den Hebel zu Lösungen an. Hier gilt es für die Kolleginnen und Kollegen optimale Arbeitsplatzsituationen zu schaffen.

Die Polizei RP nimmt in Wittlich-Wengerohr und Enkenbach-Alsenborn neue und eigene Schieß- und Einsatztrainingszentren in Betrieb. Darauf verständigten sich die Fachleute im Innenministerium nachdem Betreiber privater Schießanlagen die bisherige Nutzung durch die Polizei kündigten. Hierzu hatte die GdP in den vergangenen Jahren intensive Beiträge zur Optimierung geleistet.

### **Ausstattung**

Die Beschaffung mit neuen Dienstwaffen und entsprechenden Tragevorrichtungen läuft nach intensiven Vorbereitungen und Mitarbeiterbeteiligungen im Jahr 2010 an.

### **Polizei im Alltag**

Positive Resonanz finden die unzähligen Aktivitäten der Polizei zur Sicherheitsberatung und Kriminalitätsvorbeugung. Die Polizei ist in den Kommunalen Präventivräten Motor und Initiator vieler sinnvoller und nachhaltiger Projekte und verbessert damit auch ihre Zusammenarbeit mit den Kommunen, der Justiz und vielen anderen Institutionen und Aktivisten auf diesem Feld. In Mainz ist im März 2006 der erste „Polizeiladen“ im Fußgängerbereich der Innenstadt eingerichtet worden, ein Beispiel das auch in anderen Städten Schule machte.

**Der anliegende Bericht zum Sachstand der Bearbeitung der Beschlüsse des Landesdelegiertentages 2006 ist Bestandteil des Geschäftsberichtes und ergänzt die Ausführungen.**